



Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
29. Jahrgang | Nr. 4 / 2024

Ein verlässlicher Partner

30 Jahre Engagement im Interesse der älteren Generation

30 Jahre Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern – der blaue Himmel und leuchtender Sonnenschein boten um das Trend-Hotel in Banzkow bei Schwerin gleichsam einen festlichen Rahmen für die Festveranstaltung zum Jubiläum am 24. Oktober. Umrahmt vom Streichquartett des Schweriner Collegium musicum mit Kompositionen von Schumann, Schubert, Telemann und Bach begrüßte der bisherige Vorsitzende des Beirats, Bernd Rosenheinrich, 2013 bis 2024, die Gäste und gab einen Überblick über die Geschichte



Sozialministerin Stefanie Drese hält die Festrede zum Jubiläum des LSB

Fotos: Anett Jepp

der Seniorenvertretung. Deren Gründung fand im November 1994 in Plau statt und wurde viele Jahre von Heinz Rösel sowie seit 2003 von Brigitte Paetow geleitet.

In ihrer ausführlichen Festrede betonte die Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport, Stefanie Drese, die vertrauensvolle Zusammenarbeit des Landesseniorenbeirats mit der Landesregierung. Als „feste Größe und verlässlicher Ansprechpartner und Akteur“ sei der Landesseniorenbeirat „eine Institution geworden, die sich fest etabliert“ habe.

Mit Blick auf das Seniorenmitwirkungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 26. Juli 2010, das beispielgebend für andere Bundesländer sei, würdigte die Ministerin die langjährige Tätigkeit von Bernd Rosenheinrich als „sozialpolitisches Urgestein“ des Beirats, der sich aktiv beteilige an einer Vielzahl von Arbeitsgruppen und Fachausschüssen der Landesregierung sowie anderer Organisationen, Verbände und Vereine. „Es ist der Lan-

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

am 23. und 24. Oktober 2024 fand unsere diesjährige Herbsttagung in Banzkow statt. Neben der Beschäftigung mit interessanten Themen aus den Bereichen Mobilität, Pflege und Wohnen wurde die Mitgliederversammlung auch über das 13. Altenparlament informiert, das am 21. November 2024 im Landtag in Schwerin stattgefunden hat.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Herbsttagung war die Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Gründung des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V. Die Festrede wurde von unserer Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport, Stefanie Drese, gehalten. Insgesamt erhielten acht Seniorinnen und Senioren aus unserem Bundesland von der Ministerin und unserem Vorstand eine Ehrenurkunde für ihr Engagement in der Seniorenarbeit sowie ein Präsent.

Turnusgemäß erfolgte die Neuwahl des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung. Ein neues Mitglied wurde in den Vorstand und ein neuer Vorsitzender gewählt. Ausführlich informieren wir auf den folgenden Seiten über die Ergebnisse der Wahl und unsere künftigen Aufgaben.

Bernd Rosenheinrich stellte sich nach 11 erfolgreichen Jahren als Vorsitzender nicht wieder zur Wahl in diese Position. Er hat die Entwicklung des Landesseniorenbeirates maßgeblich mitgeprägt. Als stellvertretendes Vorstandsmitglied wird Bernd Rosenheinrich mit seinen umfangreichen Erfahrungen die Interessen unserer Seniorinnen und Senioren weiterhin vertreten.

Im nächsten Jahr werden wir uns verstärkt für die Verbesserung der Pflegesituation unserer Seniorinnen und Senioren einsetzen und die Erarbeitung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte unterstützen. Die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der Landesregierung und weiterer Dialogformen standen ebenfalls auf unserer Tagesordnung.

Für den Rest des Jahres wünsche ich Ihnen und Ihren Familien auch im Namen des gesamten Vorstandes ein erholsames Weihnachtsfest, verbunden mit besten Wünschen für ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2025.

Joachim Kießling
Vorsitzender des

Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	2	Neuer Vorstand gewählt
Seite	15	Neue Betrugsmasche
Seite	18	Aus Landkreisen und Städten

Fortsetzung von Seite 1

desregierung ein wichtiges Anliegen, den Landessenorenbeirat strukturell und finanziell zu unterstützen.“

Ein wichtiges Instrument seien die seit 2010 jeweils im Frühjahr und Herbst stattfindenden Regionalkonferenzen. Im vergangenen Jahr konnten im Rahmen des Landeswettbewerbs acht „Seniorenfreundliche Kommunen“ ausgezeichnet werden. An mehreren Standorten finden jährlich im Frühjahr Ehrenamtsmessen statt.

Kurze Zeit nach dem Jubiläum, am 21. November, fand im Landtag auf Grundlage des Seniorenmitwirkungsgesetzes das 13. Altenparlament statt. In den drei Arbeitskreisen wurden drei Leitanträge und eine Resolution erarbeitet und verabschiedet.

Einen Tag danach nahm der Landessenorenbeirat die „Bedürfnisse und Zukunftschancen der jungen Generation“ in den Blick – „ein gelungenes Veranstaltungsformat des Generationendialogs“, wie Ministerin Drese betonte. „Die Generationen von Großeltern und Enkeln hier im Land haben ein offenes Ohr füreinander, interessieren sich füreinander und setzen sich für die Zukunft des Landes ein.“

Zum Abschluss ihrer Festrede ging die Ministerin auf die „Ausbildung zum Multiplikator für digitale Medien“ ein – auf die sogenannten Silver Surfer. Jene unterstützen ehrenamt-



Mit einer gemeinsamen Urkunde des Sozialministeriums und des Landessenorenbeirats wurde verdienstvollen Senioren Dank und Anerkennung ausgesprochen.

lich Seniorinnen und Senioren beim Umgang mit einem Smartphone, einem Tablet oder einem Computer.

Ein Grußwort sprach auch die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport des Landtags, Katy Hoffmeister, außerdem Dieter Eichler, der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Elke-Annette Schmidt, die seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, bedankte sich beim Seniorenbeirat „für sein großes Engagement und Wirken im Land als unerlässliche Interessenvertretung für eine große und zunehmend wachsende Bevölkerungsgruppe im Land und als un-

verzichtbarer Berater für die Landespolitik“.

Die Ehrung verdienstvoller Senioren erfolgte durch Ministerin Drese. Zu ihnen gehörten Peter Lundershausen (Neubrandenburg), Rita Bohk (Rostock), Hannelore Gutzmann (Klein Krams bei Ludwigslust), Jürgen Csallner (Rügen), Bodo Baranowski (Greifswald), Ingrid Rambow (Kröpelin), Otmar Kunau (Schwerin) und (abwesend) Reinhard Dopp. Anwesend waren auch die Ehrenmitglieder Erika Drecoll (Rostock), Margot Engelke (Ueckermünde) und der Autor dieses Berichts.

Dieter W. Angrick

Neuer Vorstand gewählt

Mitgliederversammlung des Landessenorenbeirats M-V in Banzkow

Traditionell fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Landessenorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern auf unserer Herbsttagung am 24. Oktober im Trendhotel in Banzkow statt. Vertreterinnen und Vertreter aus den Seniorenbeiräten der kreisfreien Städte Rostock und Schwerin sowie der Landkreise unseres Bundeslandes versammelten sich, um den Vor-

stand des Landessenorenbeirats neu zu wählen und sich über aktuelle Themen und Herausforderungen auszutauschen.

Ziel des LSB ist es, die Interessen älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu vertreten, ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und ihre Anliegen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Die Veranstaltung wurde vom Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich eröffnet, der die wichtige Rolle der Seniorenbeiräte im Bundesland betonte. Er hob hervor, dass die Stimme der Seniorinnen und Senioren im politischen Dialog von zentraler Bedeutung sei, insbesondere in einer alternden Gesellschaft wie in Mecklenburg-Vorpommern. Er bedankte sich bei den

anwesenden Delegierten für ihr Engagement und betonte die Notwendigkeit, durch den Beirat eine aktive Rolle in Gesellschaft und Politik zu übernehmen.

Nach Bestätigung der Tagesordnung und des Präsidiums sowie des Versammlungsleiters durch die Mitgliederversammlung wurde die Mandatsprüfungsgruppe mit Dr. Georg Weckbach und Karin Lechner vorgeschlagen und bestätigt. Die Mandatsprüfungsgruppe stellte fest, dass 37 Delegierte anwesend sind und somit die Mitgliederversammlung beschlussfähig ist. Es folgte die Bestätigung der Geschäftsordnung sowie der Wahlordnung. Der ausführliche Rechenschaftsbericht des Vorstandes wurde vom Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich vorgetragen.

Peter Lundershausen berichtete als Schatzmeisters über die Ergebnisse des Haushaltes 2023 und stellte den Haushaltplan 2025 vor. Der Bericht der Kassenprüfer wurde durch Jürgen Lorenz vorgestellt. Der zur Abstimmung gebrachte Haushaltplan 2025 und Arbeitsplan 2025 wurden durch die Mitgliederversammlung bestätigt bzw. beschlossen. Den ausführlichen Arbeitsplan 2025 finden Sie auf Seite 8. Anschließend wurde dem Vorstand Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2023 erteilt.

Nach der Diskussion der bisherigen Ergebnisse und der zukünftigen He-



Foto:
Anett Jepp

Neu gewählter Vorstand: (v.l.n.r.) Brigitte Seifert, Dr. Georg Weckbach, Joachim Kießling, Bernd Rosenheinrich, Peter Lundershausen, Brigitte Gluth und Renee Recke

erausforderungen folgte als zentraler Teil der Veranstaltung die Wahl des Vorstandes des Landesseniorenbeirats. Zu Beginn erklärte der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich, dass er nach 11 Jahren im Amt nicht nochmal als Vorsitzender zu Verfügung steht.

Der Vorstand schlug der Mitgliederversammlung folgende Kandidaten zur Wahl vor: als Vorsitzender Joachim Kießling, als Stellvertreter Brigitte Seifert und Bernd Rosenheinrich, als Schatzmeister Peter Lundershausen, sowie Dr. Georg Weckbach, Brigitte Gluth und Renee Recke als Beisitzer. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung unter Leitung von Herbert Kautz. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Mitglieder wurden durch die Mitglie-

dersammlung in die jeweiligen Positionen gewählt.

Als Kassenprüfer wurden Jutta Messer, Ilona Mundt-Schalk und Walter Heinrich einstimmig gewählt.

Alle neu gewählten Mitglieder nahmen die Wahl an. Im Namen des gesamten neuen Vorstandes bedankte sich Joachim Kießling für das Vertrauen und sicherte eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Seniorenbeiräten zu.

Die Mitgliederversammlung endete mit einem positiven Ausblick und dem Wunsch, dass der neu gewählte Vorstand eine starke und wirksame Stimme für die ältere Generation in Mecklenburg-Vorpommern sein wird.

Joachim Kießling

Herbsttagung 2024

Verkehrssichere Mobilität – Pflege in Not – Altengerechtes Wohnen

Traditionell führte der Landesseniorenbeirat M-V e. V. im Oktober seine jährliche Herbsttagung im Trend Hotel in Banzkow durch. Am ersten Tag wurden zahlreiche Vorträge gehalten und Informationsveranstaltungen durchgeführt, am zweiten Tag folgte die Festveranstaltung zu 30 Jahren LSB M-V und am Nachmittag die Mitgliederversammlung mit der Neu-

wahl des Vorstandes. Ein anspruchsvolles Programm. Erneut hatten wir wieder hervorragende Bedingungen im Tagungshotel. Am ersten Tag begann Andrea Leirich, Geschäftsführerin der Landesverkehrswacht M-V e. V., mit ihrem Vortrag „Sicher unterwegs – Verkehrssichere Mobilität für Seniorinnen und Senioren“. Sehr ausführlich wurde über Kompetenzen der Senio-

ren bei der Nutzung von Verkehrsmitteln auch im Alter diskutiert. Angefangen bei den Auswirkungen von Medikamenten wurde auch über physische und psychische Einschränkungen informiert. Möglichkeiten zur Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit wurden vorgestellt. Eine wichtige Aufgabe hat

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

auch der Hausarzt. Die Diskussionen zeigen, dass sich unsere Senioren sehr wohl mit dieser einschneidenden Problematik beschäftigen. Die Hinweise von Frau Leirich sind eine gute Grundlage für eine sachgerechte Entscheidung des Einzelnen. Im folgenden Vortrag referierte Herr Nikolas Bork von der Verkehrsgesellschaft M-V mbH zur „Mobilitätsoffensive M-V“. Er stellte die Eckpfeiler der Mobilitätsoffensive vor.

1. Mehr ÖPNV für ganz M-V.
2. Stärkung des ländlichen Raumes und Ermöglichung von Teilhabe.
3. Mehr Züge, mehr Strecken, Taktverdichtung und Vernetzung.
4. Attraktive Ticketangebote, digitale Fahrplanauskunft mit Ticketing.

Dazu werden drei Säulen entwickelt, SPNV, Regiobus M-V und Rufbus M-V. Anhand der Ausgangslage wurde das mögliche Zielnetz definiert und konkrete Angebote für die Zukunft vorgestellt. Zum Schluss informierte er über den Stand der Entscheidung zum Seniorenticket. Im August 2023 wurden 20.000 Seniorentickets zu 29 Euro verkauft. Im August 2024 waren es bereits 40.000 Tickets. Nun wurde von der Bundesregierung der Preis des Deutschlandtickets um 9 Euro angehoben. Inzwischen liegt die Entscheidung der Landesregierung vor, diese 9 Euro Erhöhung werden durchgereicht. Im Bund ist die Entscheidung gefallen, auch 2025 das Deutschlandticket angeboten. Ab 2026 ist wohl mit dem Aus zu rechnen. Aus Gründen des Klimaschutzes ist diese Entwicklung nicht nachvollziehbar. Am Nachmittag informierte Maik Wolff vom Verein „Zukunftsfeste Pflege e. V.“ über das Thema „Pflege in Not“. Er stellte die gegenwärtige Situation vor und gab einen Ausblick auf die sich abzeichnenden Entwicklungen, angefangen beim Fachpersonal bis zu den Kosten für die zu Pflegenden. Hier wurde dringender Handlungsbedarf sichtbar. Der Landes seniorenbeirat wird diese Entwicklung durch seine Mitarbeit im Pakt für



Andrea Leirich informiert die Teilnehmer wie sie auch im Alter sicher unterwegs sein können.

Fotos: Anett Jepp

Pflege kritisch begleiten. Tanja Blankenburg aus der Abteilung Energie und Landesentwicklung vom Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit, stellte die Ergebnisse der AG 1 Raumplanung und alternative Wohnformen im „Rahmen des Runden Tisches gegen Einsamkeit“ der Landesregierung vor. Das Thema: „Altengerechtes Wohnen – Herausforderungen an Wohnung, Quartier und Dorf.“ Dabei stellte sich heraus, dass es bei der Bereitstellung von altengerechten und bezahlbaren Wohnungen für Ältere noch einen größeren Bedarf gibt. Ebenso ist die barrierefreie Gestaltung des Wohnumfeldes noch ungenügend. Hier müssen die Kreis seniorenbeiräte ebenfalls noch aktiver

werden. Brigitte Seifert informierte als Vorsitzende des Organisationskomitees über den Stand der Vorbereitung des 13. Altenparlaments. Die in einer ersten Runde überarbeiteten Leittrträge waren den Delegierten erneut zugesendet worden. Bei der Vorbereitung der Tagesordnung und der Beiträge hatten wir darauf geachtet, dass auch genügend Zeit für Diskussionen bestand. Diese Zeit wurde sowohl für Fragen und Statements umfassend genutzt. Das zeigt uns, dass unsere Mitglieder intensiven Redebedarf bei diesen Themen haben und dies auch ausgiebig genutzt haben. Dies sollten wir auch künftig bei unseren Veranstaltungen berücksichtigen.

Bernd Rosenheinrich



Den dringenden Handlungsbedarf für Zukunftsfeste Pflege machte Maik Wolff deutlich.

Ernährung – Armut – Einsamkeit im Alter

Regionalkonferenzen der Seniorenbeiräte in Kothendorf und Anklam



Charlotte Hinrichs (rechts im Bild) informiert zum Thema Ernährung – Armut – Einsamkeit im Alter

Zu unserer diesjährigen Regionalkonferenz der kommunalen Seniorenbeiräte der Landkreise Rostock, Ludwigslust-Parchim, Nordwest-Mecklenburg sowie der kreisfreien Städte Rostock und Schwerin wurde am 11. September in das Dorfgemeinschaftshaus der Gemeinde Warsow nach Kothendorf eingeladen.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Bernd Rosenheinrich folgten alle Teilnehmer den Ausführungen von Charlotte Hinrichs von der Landesvereinigung für

Gesundheitsförderung M-V e.V. zum Thema „Ernährung – Armut – Einsamkeit im Alter“.

Frau Hinrichs informierte mit Fakten zur Ernährungsarmut, Folgen der Ernährungsarmut, aber auch was getan werden muss und was bereits getan wurde, um Ernährungsarmut zu verhindern.

Anschließend informierte Beate Berger aus dem Sozialministerium zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Joachim Kießling berich-

tete zum Stand der Vorbereitungen des 13. Altenparlaments 2024 und informierte über anstehende Termine. Zum Ende der Veranstaltung gab es einen regen Austausch zu diversen Themen der Seniorenarbeit vor Ort.

Zum gleichen Thema fand am 18. September die Regionalkonferenz im östlichen Teil des Landes in den Räumen der Tafel in Anklam statt. Hier waren Vertreter der kommunalen Seniorenbeiräte der Mecklenburger Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen eingeladen.

Charlotte Hinrichs referierte auch hier zum Thema Ernährung – Armut – Einsamkeit im Alter. Frau Berger konnte leider aus terminlichen Gründen nicht persönlich an dieser Veranstaltung teilnehmen, stellte jedoch schriftlich Informationen zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik zur Verfügung. Im weiteren Verlauf wurde der Vorbereitungsstand des 13. Altenparlament durch Brigitte Seifert bekannt gegeben. Im Anschluss tauschten sich die teilnehmenden Seniorenbeiräte über die Seniorenarbeit vor Ort aus.

Auf beiden Veranstaltungen traten alle Teilnehmer gut informiert und ersichtlich zufrieden ihren Heimweg an.



Während der Regionalkonferenz in Anklam

Fotos: Anett Jepp

Gerlinde Haß

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von August bis November in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Am 20. August tagte per Videokonferenz erneut die Lenkungsgruppe des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung unter Leitung der Geschäftsführerin des LfK Monika-Maria Kunisch zur Vorbereitung des **13. Landespräventionstag 2025** zum Thema „Gewalt in der (häuslichen) Pflege“ am 03. Juli 2025 in Neubrandenburg. Bernd Rosenheinrich nahm als Mitglied dieser Arbeitsgruppe daran teil.

*

An der 6. Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des **13. Altenparlaments** nahmen Brigitte Seifert am 3. September 2024 als Vorsitzende des Komitees und Joachim Kießling teil. Es wurden Hinweise und Ergänzungen zu den Leitträgen diskutiert und weitere Verfahrensweisen getroffen.

*

Am 3. September traf sich per Videokonferenz die Vorbereitungsgruppe zur landesweiten Gedenkveranstaltung „**ERINNERN, BETRAUERN, WACHRÜTTELN**“ zu Verbrechen in der NS-Zeit am 27. Januar 2025 im Klinikum Schwerin. Diskutiert wurden der aktuelle Stand der Vorbereitung der Gedenkveranstaltungen. Der LSB wurde von Bernd Rosenheinrich vertreten.

*

Der **16. Jahreskongress zur politischen Bildung** fand am 4. September 2024 in MV im Wismarer Theater statt. Der Kongress hat die Debatte zur Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie aufgegriffen. In deren Mittelpunkt steht die Frage, ob jenseits der althergebrachten Beteiligungsformen zum Beispiel über Parteien und Verbände neue und weitergehende Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen notwendig sind, um die Demokratie attraktiv und anpassungsfähig zu halten und wie diese aussehen könnten. Mit Vorträgen und Workshops wur-

den die Teilnehmer in das Thema eingebunden. Für den Landessenorenbeirat nahm Brigitte Gluth an der Veranstaltung teil.

*

Bernd Rosenheinrich und Anett Jepp trafen sich am 9. September in der Geschäftsstelle des LSB M-V mit Jörg Heydorn und Jessica Mendle vom Vorstand des **Vereins Zukunftsfeste Pflege e. V.** Thema war die aktuelle Situation in der Pflege und die mögliche Entwicklung. Der Vereinsvorsitzende des Vereins Zukunftsfeste Pflege e. V. wurde als Referent zur Herbsttagung in Banzkow eingeladen.

*

Am 12. September 2024 nahm Brigitte Seifert an der Sitzung als Mitglied der fachkundigen Jury zur Verleihung des **Stellingpreises** teil. Hier wurden die Kandidaten vorgestellt und per Abstimmung in verschiedenen Kategorien ermittelt. Auf der Festveranstaltung am 15. Oktober 2024 hielt Brigitte Seifert die Laudatio für den Ehrenpreis an Gudrun und Lorenz Sandhofe aus Ueckermünde.

*

Auf der Weiterbildung des Seniorringes zur **Ausbildung zum/zur seniorTrainer*in** am 12. September 2024 hielt Brigitte Seifert einen Vortrag zur Arbeitsweise des Landessenorenbeirates und zum Altenparlament.

*

Joachim Kießling nahm an einer **Fachtagung der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern** am 15. und 16. Oktober 2024 in Rostock teil. Das Motto „MV fährt gut“ stand im Mittelpunkt der Tagung. Mit einer Mobilitätsoffensive will das Land den öffentlichen Personennahverkehr für ganz M-V, insbesondere in ländlichen Räumen und touristischen Zentren weiter verbessern. Insbesondere durch mehr Züge und Busse, die Inbetriebnahme von mehr

Strecken, durch Taktverdichtungen sowie durch weitere Vernetzung von Bus und Bahn. Das Ziel im Schienenpersonennahverkehr ist ein Fahrplanangebot mit klarer Struktur und enger Taktung. Die Hauptachsen werden werktags mindestens im Stundentakt bedient. Auf den Nebenachsen fahren die Züge mindestens alle zwei Stunden. An Bahnhöfen sollen Anschlüsse zu Regionalbussen hergestellt werden. Das Rufbussystem wird weiter ausgebaut. Der Landessenorenbeirat unterstützt die Aktivitäten der Landesregierung und wird diese Initiative weiter konstruktiv begleiten.

*

Am 16. September empfingen Bernd Rosenheinrich und Anett Jepp vom Landessenorenbeirat Dr. Dennis Bastian Rudolf, Referent vom **Aufbaustab der Antidiskriminierungsstelle** vom Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern zu einem Informationsaustausch zu Fragen des Antidiskriminierungsverbandes M-V.

*

Für den Landessenorenbeirat informierte sich Joachim Kießling beim Tag der offenen Tür am 20. September 2024 über die umfangreichen Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die im **Kinderzentrum Mecklenburg gGmbH** angeboten werden. Geschäftsführerin Kristina Timmermann, übernahm persönlich die Führung durch die modern eingerichteten Räume und informierte mit ihrem Team über die Aufgaben des Kinderzentrums und die vielseitigen Arbeitsfelder. Von den Aufgaben des Sozialpädagogischen Zentrums über die Sozialmedizinischen Einrichtungen sowie die Frühförderer- und Beratungsstelle bis zum Bindungstraining für Alleinerziehende wurden viele Fragen der Teilnehmer sachkundig beantwortet. Interessant war,

dass viele Aufgaben über Spenden finanziert werden. Wir werden im Vorstand über eventuelle Kooperationsmöglichkeiten mit dem Kinderzentrum diskutieren.

*

„Es ist ein großes Glück, dass wir seit 34 Jahren in einem vereinten Land in Frieden, Freiheit und Demokratie leben. Das ist alles andere als selbstverständlich. Wir haben allen Grund, mit Stolz und Dankbarkeit unseren Nationalfeiertag gemeinsam zu feiern“, erklärte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am 3. Oktober beim **Festakt zum Tag der Deutschen Einheit** im Mecklenburgischen Staatstheater in Schwerin. Unter den Gästen dieser Festveranstaltung war auch der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats M-V Bernd Rosenheinrich.

*

Am 9. Oktober wurde im Haus des Sports in Schwerin im Rahmen des **Aktionsbündnisses für Gesundheit** eine Arbeitsgruppe Psychische Gesundheit gebildet. Bisher konzentriert sich diese AG ausschließlich auf Kinder und Jugendliche. Dr. Georg Weckbach arbeitete in einer zweiten Arbeitsgruppe zum Thema Landeskonzeption Bewegung mit.

*

Der **Landesrat für Kriminalitätsvermeidung in Mecklenburg-Vorpommern** (LfK) feierte in diesem Jahr sein 30-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass fand am 15. Oktober im Plenarsaal des Schweriner Schlosses ein Festakt statt. „Der Landesrat ist ein Netzwerk aller staatlichen und nicht staatlichen Behörden, Einrichtungen und Organisationen, die sich in unserem Land für die Kriminalprävention engagieren. Und das in beeindruckender Weise schon seit 1994. Für dieses Engagement und den Einsatz in den vergangenen Jahren und für die Zukunft dankte Landesinnenminister Christian Pegel, der zugleich Vorsitzender des LfK ist, allen Akteuren. Vom LSB nahm Bernd Rosenheinrich teil.

Dem Landesrat für Kriminalitätsvermeidung Mecklenburg-Vorpommern gehören heute ca. 90 Behörden, Organisationen, Vereine, Verbände und Einzelpersonen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens an. Neben der Projektförderung mit einem Förderhaushalt 2024/2025 von jeweils 295.300 Euro stehen im Mittelpunkt der Arbeit des LfK die sieben Arbeitsgruppen „Jugendkriminalität“, „Opferschutz“, „Extremismus“, „Kommunale Prävention“, „Sport und Gewaltprävention“, „Seniorensicherheit“ und „Massenkriminalität“. Bestandteil der Präventionsarbeit ist auch das seit 10 Jahren erfolgreiche Projekt Seniorensicherheitsberater. Besonders hervorgehoben wurde die hervorragende Arbeit von Armin Schlander, langjähriger Geschäftsführer des LfK, beim Aufbau der gegenwärtigen Strukturen.

*

Am 17. Oktober trafen sich 70 Teilnehmer zur **Landesarmutskonferenz** im Campus am Turm in Schwerin. Das Thema war „Armut im ländlichen Raum“. Verabredet wurde, im nächsten Jahr eine Fachtagung zum Thema „Altersarmut“ vorzubereiten. Als Vertreter des LSB nahm Bernd Rosenheinrich teil.

*

Im August und Oktober tagte die **AG Herausforderung Demenz im Pakt für Pflege** und arbeitete an Leitzielen und Handlungsfeldern sowie Empfehlungen für Maßnahmen zur Erarbeitung einer Demenzstrategie für M-V. Am 28. Oktober fand ein erstes Konsensustreffen mit Akteuren weiterer Arbeitsgruppen statt, um die Ergebnisse vorzustellen und zu diskutieren und Netzwerke zu bilden. In der AG arbeitet Bernd Rosenheinrich vom LSB mit.

*

Traditionell veranstaltet die evangelische **Nordkirche zum Reformationstag** am 31. Oktober einen großen Empfang. In diesem Jahr in Stralsund. Zusätzlich wurde das Jubiläum

des 25. Jahrestages der Unterzeichnung einer Vereinbarung der evangelischen und der katholischen Kirche, das sich auf Gemeinsamkeiten beruft und die Versöhnung feiert, begangen. Eröffnet wurde der Empfang unter dem Motto „Gemeinsam unterwegs“ in der Kirche Heilige Dreifaltigkeit. Mit einem Pilgerweg ging es über die Heilgeistkirche zum Reformationsempfang in der Kulturkirche St. Jacobi. Prominente Gäste waren Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und der Berliner katholische Erzbischof Heiner Koch.



Foto: Johannes Schaan

Für den Landesseniorenbeirat nahm Dr. Georg Weckbach an diesem würdevollen Empfang teil.

*

Am 5. November fand im Wichernsaal in Schwerin in Anwesenheit von Bernd Rosenheinrich der **norddeutsche Dialog der BARMER** zum Thema „Ambulante Chancen nutzen, Krankenhausreform sichern!“ statt. Ca. 20 Prozent aller stationären Operationen könnten auch ambulant erfolgen und damit Kosten dämpfen. In Vorträgen und Diskussionsrunden wurde auf Reserven hingewiesen

*

Brigitte Seifert und Anett Jepp nahmen am 6. November per Videokonferenz an der Vorbereitung zum **Generationendialog** am 22. November 2024 teil. Es gilt hierbei ins Gespräch zu kommen und sich gemeinsam um die Frage „Was braucht es, damit M-V für alle Generationen lebenswert ist?“ auszutauschen, Ideen weiterzuentwickeln und Verabredungen zu treffen. ■

Arbeitsplan des Landesseniorenbeirats M-V e. V. 2025

Grundlage des Arbeitsplanes des Landesseniorenbeirates M-V ist das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V) vom 26.07.2010.

Der Landesseniorenbeirat vertritt die Interessen und Belange der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern auf Landesebene und ist ein Organ der Meinungs- und Willensbildung sowie des Erfahrungsaustausches auf sozialem, politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Der Landesseniorenbeirat setzt sich aus 36 gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte zusammen. Weitere Mitglieder sind ferner eine Einzelperson und sieben Ehrenmitglieder.

Für das Jahr 2025 stellen wir uns folgende Aufgaben:

1. Monatliche Arbeitsberatungen des Vorstandes
 - a) Durchführung am Sitz der Geschäftsstelle
 - b) Mindestens zwei gemeinsame Beratungen in ausgewählten Kreis- und kommunalen Beiräten
 - c) Durchführung von mindestens zwei Klausurtagungen mit den Vorsitzenden der Kreissenorenbeiräte zur Koordinierung der Aufgaben des LSB.
2. Durchführung von thematischen Regionalkonferenzen und Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen sowie Themen der Altenparlamente und Beförderung des Generationendialogs auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder untereinander.
3. Unterstützung der Seniorenbeiräte bei der Organisation der Arbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Kommunen, sowie bei der Bildung weiterer Seniorenbeiräte in den Kommunen und die Erfassung vorhandener Beiräte. Durchführung von gemeinsamen Arbeitsberatungen und Erfahrungsaustauschen mit kommunalen Seniorenbeiräten.
4. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landesseniorenbeirates M-V auf Landesebene auf der Grundlage des gemeinsamen Positionspapiers vom März 2004 und Gewinnung weiterer Partner.
5. Fortführung des Generationendialogs gemeinsam mit dem Landesjugendring M-V auf Landesebene sowie in den Landkreisen und Kommunen.
6. Gemäß den Beschlüssen der Altenparlamente werden wir den Prozess der Digitalisierung im Land mitgestalten, aber auch die analoge Teilhabe von Seniorinnen und Senioren sichern.
7. Unterstützung und Mitarbeit bei der Erarbeitung „seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“ in den Kommunen auf der Grundlage der Beschlüsse des 10. 11. und 12. Altenparlaments und Berücksichtigung seniorenpolitischer Forderungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ durch die Kommunen unter Einbeziehung kommunaler Seniorenbeiräte.
8. Durchführung einer Weiterbildung im April/Mai 2025 mit Vertretern der neu berufenen kommunalen Beiräte zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik und Aufgaben von Seniorenbeiräten gemäß Seniorenmitwirkungsgesetz M-V.
9. Besetzung und Aktivierung von Arbeitsgruppen im Landesseniorenbeirat zu den Schwerpunktaufgaben aus der Mitarbeit in Gremien der Landesregierung, wie
 - Gesundheit/Pflege/Wohnen im Alter
 - Seniorensport und Prävention
- Seniorenbildung
- Digitalisierung, Bildung und Förderung der Medienkompetenz Älterer
- Recht/Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen
- AG Seniorensicherheit
- durch die Erarbeitung von Konzepten über Themenschwerpunkte und die Gewinnung neuer Mitglieder und Arbeitsgruppenleiter durch den Vorstand.
- durch Gesprächsrunden von Vorstand und Arbeitsgruppenleitern zur Ausrichtung der Arbeitsgruppen und Diskussion von Schwerpunktthemen im I. Halbjahr 2025.
10. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für Seniorenpolitik durch
 - Kontakt zu den Medien bei aktuellen Themen und Anlässen
 - Herausgabe eines Newsletters zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik aus Europa, Bund und Ländern
 - Vierteljährliche Herausgabe des „Seniorenkurier“ als Print- und digitale Ausgabe, Einordnung ständiger Themen wie: Zwischen den Monaten, Digitalisierung, Psychiatrie, Seniorensicherheit, Ernährung, Pflegestützpunkte, Verbraucherschutz und AAL-Systeme
 - Pflege der Homepage.
11. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren durch:
 - Mitarbeit in und Leitung der AG „Seniorensicherheit“ des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung

in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und Verkehrssicherheit und im Vorstand des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung.

- halbjährlichen Gedankenaustausch der Mitglieder der AG „Senioren-sicherheit“ des LSB und Aufbau eines Netzwerkes unter Einbeziehung weiterer regionaler Partner.
- Fortführung des erfolgreichen Projektes „Senioren-sicherheitsberater“ mit pensionierten Polizeibeamten gemeinsam mit dem Landeskriminalamt, den Polizeipräsidien und Kreispräventionsräten.
- Bearbeitung des Themas „Gewalt in der Pflege“ in der AG Senioren-sicherheit des LfK, und Herausgabe einer Broschüre zum Thema „Gewalt in der Pflege“ durch die AG
- Mitarbeit in der Lenkungsgruppe zur Durchführung des Landespräventionstages des LfK zum Thema „Gewalt in der Pflege“ 2025.

12. Konsultationen mit den Fraktionen der demokratisch gewählten Parteien des Landtages zu gesellschaftlichen Themen, wie die Umsetzung der Beschlüsse des 10., 11., 12. und 13. Altenparlamentes, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-kommission und die Erarbeitung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten auf Landesebene und in den Kommunen und die Teilnahme an Anhörungen der Landtagsausschüsse zu Gesetzentwürfen und Sachthemen und die Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen.

13. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Umsetzung der Beschlüsse des 13. Altenparlamentes, und hier insbesondere die Resolution zu aktuellen Themen.

14. Vorbereitung des 14. Altenparlamentes 2026 durch ein von der Landtagspräsidentin berufenes und vom LSB geleitetes Organisationskomitees.

15. Regelmäßige Konsultationen mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei M-V und den Ministerien in M-V, insbesondere dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V, Erarbeiten von Stellungnahmen und Empfehlungen zu Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, Programmen und Plänen zur Gestaltung der Seniorenpolitik sowie der Wirksamkeit des SenMitwG.

16. Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Referat 230 Familienpolitik unter Leitung von Niels Thiede in der Abteilung Jugend, Familie und Sport, in welches die Senioren aufgenommen wurden.

17. Mitarbeit in folgenden Landesgremien:

- Landespflegeausschuss / Pakt für Pflege,
- Runder Tisch gegen Einsamkeit
- Geriatriebeirat (Geriatrie: Altersheilkunde)
- Aktionsbündnisses für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
- Verbraucherschutz im Justiz- und Landwirtschaftsministerium
- Verkehrssicherheitskommission, VMV
- Erarbeitung einer Engagementstrategie des Landes M-V
- Medienkompetenz-Netzwerk, Medienaktiv M-V
- Forum Ländliche Entwicklung und Demografie“
- Kuratorium der Ehrenamtsstiftung M-V
- Vorstand des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung
- Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Sport des Landessportbundes.

18. Bei den Universitäten und Hochschulen des Landes werden wir uns einbringen bei der Bearbeitung seniorenrelevanter Themen.

19. Unsere Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesse-

niorenvertretungen BAG LSV nutzen wir, um seniorenpolitische Themen auch auf die Tagesordnung der Politik auf der Bundesebene zu setzen und uns für deren Durchsetzung um Mehrheiten zu bemühen. Weiterführung von Erfahrungsaustauschen mit Landesseniorenvertretungen und Schaffung von Netzwerken mit gemeinsamen Interessen. Erfahrungsaustausch mit der Landesseniorenvertretung des Landes Brandenburg.

20. Ausbau der Beziehungen zu weiteren Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V (Europäisches Integrationszentrum, Erwerbslosengbeirat, Behindertenverband, Alzheimergesellschaft, Landessportbund M-V usw.) und bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen.

21. Wir pflegen eine Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in den Vereinen und Initiativen Landesarmutskonferenz, Landesvereinigung für Gesundheitsförderung M-V e. V. und Haus der Begegnung Schwerin e. V. und Antidiskriminierungsverband.

22. Gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz bereiten wir für den Herbst 2025 eine Konferenz zur Altersarmut in M-V vor.

23. Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Vorbereitung und Durchführung von Ehrenamtsmessen in M-V beim Deutschen Roten Kreuz Landesverband, bzw. in den Landkreisen.

24. Unterstützung der Ausbildung und Projektarbeit von SeniorTrainern durch den Landesseniorenbeirat, die Seniorenbeiräte der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte.

Arbeitsberatungen, Klausurtagungen und andere Veranstaltungen können sowohl als Präsenzveranstaltungen als auch Videokonferenzen organisiert und durchgeführt werden.

Deutscher Seniorenverband tagte in Gotha

Mitgliederversammlung fordert Inflationsausgleich für Rentner

Für den Landesseniorenbeirat MV nahm Joachim Kießling an der Mitgliederversammlung des Deutschen Seniorenverbands (DSV) am 7. und 8. November in Gotha teil. Der Vorstand des DSV informierte über Abstimmungen mit der BAGSO und dem zuständigen Bundesministerium. Eine finanzielle Förderung der DSV wird zurzeit weder von der BAGSO noch durch das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übernommen.

Die Mitgliederversammlung beschloss unter anderem, dass die Seniorinnen und Senioren angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten und der Inflation auch eine angemessene In-

flationsprämie erhalten müssen. Inflationsausgleichprämien wurden und werden für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gewährt. Beschäftigte können noch bis Ende 2024 von ihrem Arbeitgeber bis zu 3000 Euro steuer- und abgabenfrei erhalten.

Der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes enthält entsprechende Festlegungen und selbst an pensionierte Beamte, Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre wurde gedacht. Der Vorstand wird deshalb alle Fraktionen und Gruppen im Deutschen Bundestag mit einem separaten Schreiben auffordern, für die Rentnerinnen und Rentner einen angemessenen Inflationsausgleich zu beschließen. Dies ist

insbesondere auch vor dem Hintergrund der im neuen Jahr 2025 weiter steigenden Sozialausgaben geboten.

Vom 2. bis 4. April 2025 treffen sich Seniorinnen und Senioren zum 14. Deutschen Seniorentag in Mannheim. Diese Tagung wird von der Bundesregierung gefördert. Auf dem Programm stehen rund 90 Einzelveranstaltungen zu allen Fragen des Älterwerdens, darunter Workshops, Podiumsdiskussionen und Mitmach-Angebote.

Weitere Informationen finden Sie unter www.DeutscherSeniorentag.de. Die nächste Tagung der Deutschen Seniorenvertretung ist vom 5. bis 7. März 2025 in Dresden geplant.

JK

„Vielfalt und Toleranz M-V – In Vielfalt vereint“

Landesaktionsplan in MV verabschiedet

Im Jahr 2015 wurde der erste „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in MV“ (LAP Vielfalt) durch die Landesregierung verabschiedet. Damit war ein wichtiger Grundstein gelegt, die gesellschaftliche Akzeptanz zur Verbesserung der Lebenssituation queerer Menschen (LSBTIQ*-lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell, queer) in der Bevölkerung zu sensibilisieren.

Eine Evaluierung dieses Planes erfolgte 2020. Die betroffenen Bevölkerungsschichten konnten sich in einer Onlinebefragung zur Einstellung der Bevölkerung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt äußern. 2023 erfolgte die Fortschreibung dieses Landesaktionsplanes durch zwei Workshops im Ministerium für Soziales, Sport und Gesundheit mit Vertretern aller betroffenen Menschen dieses Landes. Im Ergebnis wurden 13 Handlungsfelder ermittelt und durch

konkrete Maßnahmen und Verantwortlichkeiten unteretzt.

Queeren Seniorinnen und Senioren wird im Handlungsfeld III „Gesundheit, Pflege, Alter und Inklusion“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Viele LSBTIQ* fühlen sich bei besonderen medizinischen Bedarfen und in der Pflege aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität nicht ausreichend kompetent informiert oder beraten bzw. auch diskriminiert. Weiterhin ist die in Teilen fehlende Sensibilisierung von Mitarbeitenden im Gesundheitswesen ein Problem, welches sich in mangelndem Verständnis gegenüber den Bedarfen von LSBTIQ* Menschen zeigt. Dieses kann zu Vorurteilen und Diskriminierung seitens des medizinischen Personals führen und sich in der Qualität der medizinischen Versorgung und in der Pflege niederschlagen sowie psy-

chische Gesundheitsprobleme durch mögliche Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung bei LSBTIQ* Menschen hervorrufen.

Abhilfe kann hier nur eine fundamentierte und fachgerechte Ausbildung im Gesundheitswesen und in der Pflege schaffen. Hierzu werden konkrete Maßnahmen im Handlungsfeld III unterlegt.

Wie gut die formulierten Maßnahmen, einschließlich der festgelegten Zuständigkeiten in der Praxis umgesetzt werden, hängt aber letztendlich von den im Haushalt dafür eingeplanten finanziellen Mitteln ab. Es muss gelingen, trotz aller objektiven Schwierigkeiten im Gesundheitswesen wie Personal- und Fachkräftemangel, auch den queeren Bürgerinnen und Bürgern des Landes eine menschenwürdige gesundheitliche und altersgerechte Betreuung zukom-



men zu lassen. Der LAP „Vielfalt und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern“ wurde vom Kabinett an den Landtag übergeben und soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Noch ein wichtiger Hinweis zum Schluss: Seit 2017 sind alle Menschen, die unter den Paragraphen 175 bzw. 151a StGB der DDR verurteilt wurden, rehabilitiert. Bis zum Jahr 2028 kön-

nen im Bundesministerium für Justiz unter der Hotline 0800 1752017 Anträge auf Entschädigung erlittenen Unrechts gestellt werden.

Reinhard Oertel

Welt-Schlaganfalltag

Stroke Units steigern Überlebenschancen der Betroffenen

Der 29. Oktober wird als Weltschlaganfalltag weltweit genutzt, um auf die Bedeutung der schnellen Behandlung von Schlaganfällen aufmerksam zu machen. Der Schlaganfall ist die dritthäufigste Todesursache in Deutschland und der häufigste Grund für erworbene Behinderungen im Erwachsenenalter. In Mecklenburg-Vorpommern sind rund 1,77 Prozent der Gesamtbevölkerung im Lauf ihres Lebens von einem Schlaganfall oder seinen Komplikationen betroffen. Das sind rund 14 Prozent mehr als im deutschlandweiten Schnitt. Um bleibende Schäden zu verhindern ist es enorm wichtig, dass die Betroffenen möglichst schnell und kompetent behandelt werden, idealerweise auf einer zertifizierten Spezialstation, auch Stroke Units genannt. Diese sind im besonderen Maße auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingestellt und ermöglichen alle notwendigen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen, inklusive

einer Thrombolyse oder einer Thrombektomie zum Lösen oder Entfernen eines Blutgerinnsels.

Betroffene werden zudem von multidisziplinären Ärzteteams und eigens neurologisch geschulten Pflegekräften um- und versorgt. Studien belegen, dass diese Kombination aus besonderer Ausstattung und hochqualifiziertem Personal entscheidend dazu beiträgt, die Chance zu erhöhen, einen schweren Schlaganfall ohne bleibende Schäden zu überleben.

Eine gute Versorgung beginnt jedoch bereits vor dem Erreichen des Krankenhauses und vor dem Absetzen eines Notrufs. Je schneller die Symptome eines Schlaganfalles erkannt werden, umso schneller kann die entscheidende Versorgungskette gestartet werden. Hier hilft insbesondere der FAST-Test (Face-Arms-Speech-Time).

Bei einem Verdacht sollten Betroffene gebeten werden, zu lächeln („Face“), beide Arme zu heben („Arms“) und ei-

nen Satz nachzusprechen („Speech“). Bei Auffälligkeiten muss sofort („Time“) ein Notruf abgesetzt werden. Dies gilt auch, wenn man sich unsicher ist, in diesem Fall sollte lieber einmal zu viel angerufen werden. Die Kolleginnen und Kollegen der Leitstelle können bei der Einschätzung helfen.

HINTERGRUND:

Zertifizierte Stroke Units sind in Mecklenburg-Vorpommern im Krankenhausplan ausgewiesen. Derzeit halten die folgenden Häuser eine entsprechende überregionale Spezialstation vor: Universitätsmedizin Greifswald, Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum Neubrandenburg, MediClin Krankenhaus Plau am See, Universitätsmedizin Rostock, Helios Kliniken Schwerin, Helios Hanseklinikum Stralsund. Regionale Stroke Units befinden sich zudem am KMG Klinikum Güstrow, an AMEOS Klinikum Ueckermünde und am Sana Hanse-Klinikum Wismar.

Erweiterte Unterstützung für pflegende Angehörige

Sozialministerin Drese weist auf Verbesserungen hin

Zum Europäischen Tag der pflegenden Angehörigen, der seit 2020 am 6. Oktober begangen wird, weist Sozialministerin Stefanie Drese die vielen Menschen, die oft rund um die Uhr und am Rande der Erschöpfung ihre Lieben versorgen, auf erweiterte Unterstützungsleistungen hin. Laut Sozialministerin Drese werden fast 85 Prozent der über 120.000 Pflegebedürftigen in Mecklenburg-Vorpom-

mern zuhause versorgt, davon über die Hälfte von ihren An- und Zugehörigen ohne professionelle Hilfe wie ambulante Pflegedienste.

„Pflegende An- und Zugehörige leisten damit nicht nur Großes für den Einzelnen, sondern auch für unsere immer älter werdende Gesellschaft“, verdeutlicht Drese. Das müsse öffentlich noch viel mehr herausgestellt werden. Gleichzeitig ist es eine fort-

laufende Aufgabe, pflegende Angehörige zu entlasten und besser zu unterstützen.

Drese weist in diesem Zusammenhang auf eine Reihe von Verbesserungen hin. So steige das Pflegegeld zum 1. Januar 2025 nochmals um 4,5 Prozent an (nach + 5 Prozent im Jahr 2024).

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Das gelte auch für die ambulanten Sachleistungen, also häusliche Pflegehilfen durch ambulante Pflege- und Betreuungsdienste.

Zu den wichtigen Leistungen für pflegende Angehörige zählt zudem die Verhinderungspflege.

Sind private Pflegepersonen beispielsweise wegen eines Erholungsurlaubs oder wegen Krankheit an der Pflege gehindert, trägt die Pflegekasse bis zu 1.612 Euro im Jahr für eine Ersatzpflege. Die Verhinderungspflege kann im häuslichen Um-

feld, aber auch in stationären Einrichtungen wie einer Tagespflege oder in einem Pflegeheim stattfinden.

„Hier tritt zum 1. Juli 2025 eine wichtige Verbesserung in Kraft. Dann werden die Leistungsbeträge der Verhinderungspflege und der Kurzzeitpflege zu einem gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zusammengefasst, den die Anspruchsberechtigten nach ihrer Wahl flexibel für beide Leistungsarten einsetzen können.

Die Höhe des neuen Gemeinsamen Jahresbetrags für Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege wird ab 1. Juli

2025 bis zu 3.539 Euro je Kalenderjahr betragen“, so die Ministerin. Weiterhin können pflegende An- und Zugehörige einen monatlichen Entlastungsbetrag in Höhe von 125 Euro für Betreuungsstunden oder eine Haushaltshilfe etwa im Rahmen der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe verwenden.

Weitere Informationen erhalten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen auch bei den mittlerweile 19 Pflegestützpunkten im Land (www.pflegestuetzpunkte-mv.de). Die Pflegestützpunkte beraten unabhängig und trägerübergreifend.

Altenpflegepreis des Landes verliehen

Pflegeheim Wohnpark Zippendorf mit erstem Preis bedacht

Sozialministerin Stefanie Drese hat am 10. September im Rahmen des Landespflegekongresses in Rostock den Altenpflegepreis des Landes 2024 verliehen. Gewinner ist das Projekt „Pflege kann was - wenn Generation Z/Alpha einen Wohnbereich leitet“ der Pflegeheim Wohnpark Zippendorf GmbH & Co KG in der Landeshauptstadt Schwerin.

Kernidee des Gewinner-Projektes ist die Etablierung eines „Azubi“-Wohnbereiches.

Junge Menschen der Generation Z, darunter auch viele mit Migrationshintergrund, dürfen als Teil ihrer Ausbildung in der Pflege, Gastronomie oder Hauswirtschaft im Pflegeheim Wohnpark Zippendorf einen eigenen Wohnbereich leiten.

Unter Anleitung von Praxisanleitern und gelernten Pflegehelfern übernehmen die Azubis täglich Aufgaben fertig ausgebildeter Pflegefachkräfte bzw. Pflegehelfer. Davon profitieren rund 320 Bewohnerinnen und Bewohner mit Pflegegrad 2 bis 5, die in Schwerin in sieben Wohnbereichen



Sozialministerin Stefanie Drese überreichte den Altenpflegepreis des Landes an das Pflegeheim Wohnpark Zippendorf in Schwerin

Foto: Sozialministerium MV

versorgt werden und sehr zufrieden über den Azubi-Wohnbereich sind.

„Das Projekt schult die Handlungskompetenz und das Verantwortungsbewusstsein junger Menschen“, betonte Drese. „Die Ergebnisse zeigen, wie hoch motiviert die Azubis sind, wenn man ihnen eine abwechslungsreiche

und herausfordernde Umgebung bietet und Möglichkeiten schafft, eigene Ideen einzubringen und kreativ zu sein“, so die Ministerin.

Alle Auszubildenden wurden nach Beendigung der Ausbildung übernommen. Das Pflegeheim verzeichnet steigende Auszubildendenzahlen. Es ist ebenfalls gelungen, Auszubildende mit Migrationshintergrund gut zu integrieren. Das Projekt trägt damit erfolgreich zur Personal- und Fachkräftesicherung bei.

Den 2. Platz belegte das Projekt „Sanfte Klänge für Körper, Geist und Seele - Musiker vertont Erinnerungen von Sterbenskranken im (teil)stationären Hospiz ‚Gezeiten‘“, Projektträger sind die Wohlfahrtseinrichtungen

der Hansestadt Stralsund gGmbH.

Der 3. Platz wurde an das Projekt „Wir sind Malchow“ des Kultur- und Sportings e.V. Malchow verliehen. Der Verein bekämpft mit niedrigschwelligen Teilhabeangeboten die Einsamkeit bei pflegebedürftigen und selbstständig lebenden Senioren. ■

Wer stoppt den Bundesgesundheitsminister?

Karl Lauterbach irrlichert durch seine eigenen Reformen und legt die Axt an

Wenn man die aktuellen Reformpläne des Bundesgesundheitsministeriums betrachtet, könnte man konstatieren, dass Karl Lauterbach quasi der Robert Habeck des Gesundheitswesens ist. Mit dem Hinweis auf vermeintlich unumgängliche Reformen wird Vertrauen in den Standort Deutschland zerstört und massiver Schaden angerichtet. Dies gilt nun auch für das Gesundheitswesen. „Seit Jahrzehnten kämpfen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln um jeden niederlassungswilligen Haus- und Facharzt“, sagt Diplom-Medizinerin Angelika von Schütz, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV). „Wenn der Bundesgesundheitsminister nun die Krankenhäuser für die ambulante haus- und fachärztliche Ver-

sorgung öffnen will, sind diese Bemühungen sinnlos. Welcher Arzt soll hier noch das Risiko einer Niederlassung einschließlich aller Finanzierungskosten auf sich nehmen, wenn er in Konkurrenz zu staatlich finanzierten Krankenhäusern mit professionellen Verwaltungsstrukturen treten muss und vor allem keine verlässlichen Rahmenbedingungen mehr vorfindet?“ Man könne es nicht anders sagen, so die KVMV weiter: die schlichte Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Behandlungen bei völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen sei ein Schlag ins Gesicht aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. Tatsächlich werde dies auch nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Versorgung der Patienten führen. Auch in den Krankenhäusern

gebe es nicht die Kapazitäten in Mangelfächern wie Augenheilkunde, Dermatologie oder HNO-Heilkunde bzw. dort, wo im ländlichen Raum ein Mangel herrsche, gebe es gar kein Krankenhaus, so die KVMV. Zusätzlich würde der niedergelassene Bereich durch die Zerstörung jeder Planungsgrundlage geschwächt, anstatt diesen zu stärken. „Herr Lauterbach hat es nun endgültig geschafft, alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen gegen sich aufzubringen: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und auch die Krankenhäuser sind verunsichert, unzufrieden und massiv demotiviert. Gleichzeitig erodiert die Finanzierung der Pflegeversicherung. Man muss sich ernsthaft fragen: wer stoppt diesen Minister, bevor es zu spät ist?“, sagt Diplom-Medizinerin Angelika von Schütz. ■

Sicherheit des Lebens – ein politischer Auftrag?

Seniorenkonferenz des Landesverbandes der Partei DIE LINKE in Rostock

Am 30. September 2024 trafen sich Seniorinnen und Senioren des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Partei DIE LINKE zur Senior*innenkonferenz in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Bremer Straße 24 in Rostock.

Unter dem Motto: „Sicherheit des Lebens – ein politischer Auftrag“ erörterten die Teilnehmenden Wege zur Sicherung bzw. Wiederherstellung des Friedens und bekräftigten die konsequente Friedensposition der Partei DIE LINKE.

Im zweiten Teil der Konferenz stand die Verständigung über das Rentenkonzept der LINKEN im Mittelpunkt, das zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung die Umgestaltung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung vorsieht. Die Anwesenden haben dieses Vorhaben als

generationsübergreifende Aufgabe angenommen, die für und mit den jüngeren Generationen gemeinsam zu lösen ist.

Die in den Podiumsgesprächen und anschließenden Diskussionen erarbeiteten Erkenntnisse mündeten in der einmütig verabschiedeten Resolution, die den Delegierten des Bundesparteitages in Halle zugeleitet wurde.

Der Einladung unserer Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik waren als Gäste Vertreter der Gewerkschaft ver.di, der Volkssolidarität und Bürgerinnen und Bürger gefolgt.

Teilnehmerin am Podiumsgespräch war Dr. Cornelia Mannewitz vom Rostocker Friedensbündnis und Bund Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie stand als Expertin zu Fragen der Friedensbewegung Rede und Antwort.

Nico Conrad, hauptamtlicher Vorstand des Landesverbandes der Volkssolidarität, bereicherte mit seinen Ausführungen zu den sozialpolitischen Positionen der Volkssolidarität die Konferenz. Als ein Erkenntnisgewinn offenbarte sich die weitgehende Übereinstimmung der Positionen von der Gewerkschaft ver.di und der Volkssolidarität mit unseren eigenen in der Friedensfrage, wie auch zur Entwicklung einer Erwerbstätigenversicherung zur Vermeidung von Altersarmut.

Die Wertschätzung der Seniorinnen und Senioren sowie ihres Wirkens unterstrich die Teilnahme von Elke-Annette Schmidt, stellvertretende Landtagspräsidentin, Mitglied des Landesvorstands und u.a. Seniorenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN.

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Die Beteiligung zahlreicher Mitglieder unseres Landesverbandes sicherte das Gelingen der Beratung, in der sich die Senioren generationen repräsentierten. Unter den Versammelten fanden sich bekannte wie auch weniger bekannte Gesichter. In einer offenen Atmosphäre führte die Vielzahl der Wortmeldungen zu einem solidarischen Klärungsprozess, der von unserem Mitglied Prof. Dr. Wolfgang Methling souverän moderiert wurde. Nachhaltig beeindruckten die Aussagen derjenigen, die Kriegs- und Nachkriegserlebnisse erleiden mussten. Völlige Einigkeit herrschte unter den Teilnehmenden in der Ablehnung jeglicher Eskalationen und des Rufes nach „Kriegstüchtigkeit“. Für den Frieden, als erste Bedingung eines gesicherten Lebens, sind alle diplomatischen Möglichkeiten für Verhandlungslösungen einzusetzen. Ein Teilnehmer zog den Schluss: Um Krie-



Seniorenkonferenz
der Partei DIE LINKE in
der Begegnungsstätte
der Volkssolidarität

Foto: Jordan Henrik Balzer

ge auf Dauer zu verhindern, braucht es Bedingungen, unter denen niemand am Krieg und seiner Vorbereitung verdienen kann.

Die Begegnungsstätte der Volkssolidarität sorgte mit der Bereitstellung des Veranstaltungsraumes, seiner Ausstattung sowie dem schmackhaften Kuchen-Angebot zur Kaffeepause für beste Konferenz-Bedingungen, wofür wir den Beschäftigten und ehrenamtlichen Helfern herzlich danken.

Im Rückblick stellt die in kollektiver Zusammenarbeit vorbereitete Konferenz für die Mitglieder unserer Landesarbeitsgemeinschaft ein Beispiel dar, wie über Organisations- und Partei-Gren-

zen hinweg die übereinstimmenden und generationsübergreifenden Lebensinteressen von Bürgerinnen und Bürgern vertreten werden können. Die verabschiedete Resolution schließt mit den Worten:

„Für Frieden und soziale Sicherheit sind wir bereit, mit allen Menschen guten Willens zusammenzuwirken.“

Klaus Röber

*Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik des Landesverbandes M-V der Partei DIE LINKE*

Medienkompetenz-Preis wird zum 20. Mal vergeben

Seit 2006 verleiht die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern jährlich im Rahmen des Rostocker Filmfestivals im StadtHafen (FiSH) den Medienkompetenz-Preis Mecklenburg-Vorpommern. Der Preis ist herausragenden Projekten gewidmet, die nachhaltige und/oder innovative Medienarbeit mit Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen durchgeführt haben. Hierbei liegt der Fokus auf dem Prozess der Medienarbeit und weniger auf der Qualität des entstandenen Produktes.

Der Medienkompetenz-Preis Mecklenburg-Vorpommern 2025 prämiert erneut Projekte aus allen Altersgruppen und allen Bereichen der Medienarbeit. Der Konzeptvielfalt sind keine Grenzen gesetzt. Es werden Preisgelder in einer Gesamthöhe von 6.000 Euro vergeben.

Bildungsträger und Schulklassen, Freizeit- und Kindereinrichtungen, Vereine, Jugend- und Seniorengruppen sowie Einzelpersonen aus M-V können ab sofort ihre medienpädagogischen Projekte aus den Jahren 2023 bis 2025 einreichen.

Im Bereich Freizeit und Teilhabe vergibt die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern den Preis an Medienprojekte, die in Jugendzentren, Kindergärten, Seniorenbüros, Einrichtungen der Jugendhilfe, Familienbildung oder der freien Jugendarbeit, Medienwerkstätten, Stadtteilzentren und anderen Einrichtungen angesiedelt sind.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport MV vergibt gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung MV einen Preis im Bereich Kindheit und Alter an Me-

dienprojekte von und mit Kleinkindern oder Seniorinnen und Senioren. Eine Expertenjury wählt aus den eingereichten Beiträgen die eindrucksvollsten, innovativsten und nachhaltigsten Medienkompetenz-Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern aus. Die Projektteilnehmenden werden zur feierlichen Preisverleihung nach Rostock eingeladen, die am 24. April 2025 im Rahmen des Rostocker Filmfestivals im StadtHafen (FiSH) stattfindet. Einsendeschluss ist der 15. Januar 2025. Den Anmeldebogen und die genauen Teilnahmebedingungen sind unter www.medienkompetenzpreis-mv.de zu finden. Bewerbungen können online oder per Post an das Institut für neue Medien, Festivalbüro Medienkompetenz-Preis MV, Friedrichstraße 23 in 18057 Rostock eingereicht werden. ■

Neue Betrugsmasche

Medizinischer Dienst warnt vor Betrugsversuchen

Der Medizinische Dienst Mecklenburg-Vorpommern (MD M-V) warnt vor dubiosen Kontaktaufnahmen im Zusammenhang mit Pflegebegutachtungen. In je einem Fall aus dem Raum Schwerin und dem Raum Wismar haben offenbar Betrüger versucht, sich als Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Medizinischen Dienstes auszugeben, teilte der MD M-V mit. Der Medizinische Dienst bittet deshalb um erhöhte Wachsamkeit, wenn eine Pflegebegutachtung ansteht und gibt folgende Hinweise, wie sich Versi-

cherte und Angehörige vor möglichen Betrügern schützen können:

- Der Medizinische Dienst kündigt den Termin zur Pflegebegutachtung stets im Vorfeld an.
- Der Gutachter/die Gutachterin kann sich stets mit einem Dienstaussweis des Medizinischen Dienstes ausweisen.
- Der Medizinische Dienst wird nie dazu auffordern, etwas zu unterschreiben.
- Der Medizinische Dienst wird nie die Versichertennummer oder gar Kontodaten erfragen.

- Der Medizinische Dienst verlangt keine Gebühren für die Begutachtung.

Der Fachservice Pflege des MD M-V ist für Anliegen zum Termin der Pflegebegutachtung zuständig. Im Zweifel sollten Versicherte und Angehörige dort anrufen, wenn Ihnen eine Kontaktaufnahme seltsam vorkommt:

Montag - Donnerstag 07:00-16:30 Uhr,
Freitag 07:00-15:00 Uhr,
Telefon 0385 48936-1515. ■

Zusammen schaffen wir das: Ein Leben mit Demenz

Ein Ratgeber der Deutschen Alzheimer Gesellschaft M-V

Was sind erste Anzeichen? Ich werde immer vergesslicher. Kann das eine Demenz Erkrankung sein? Was kann ich unternehmen?

Sie können sich zunehmend schlecht konzentrieren und im Gespräch fallen Ihnen die passenden Worte nicht ein? Sie können sich an kurz zurückliegende Ereignisse nicht mehr recht erinnern und der Name eines Bekannten will Ihnen partout nicht einfallen?



Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz

Dass jeder Mensch mal etwas vergisst, ist ganz normal, aber diese Aspekte können frühe Warnzeichen sein. Wir empfehlen ein vertrauensvolles Gespräch mit Ihrem Hausarzt oder Facharzt (Neurologe oder Psychiater). Der Arzt kann den Ursachen der Vergesslichkeit durch Untersuchungen nachgehen. Vielleicht ist es eine Demenzerkrankung. Aber auch andere Ursachen können so eine Symptomatik hervorbringen. Eine rasche Abklärung ist wichtig.

Seien Sie mutig und stellen Sie sich dem Thema, auch wenn Sie Angst vor einer Diagnose haben. Unsicherheit

belastet Sie und Ihre Angehörigen und Sie verschenken möglicherweise viel Zeit bei der Planung Ihrer Zukunft.

Wo kann ich mich beraten lassen?

In vielen Städten gibt es Beratungsangebote. Pflegestützpunkte und auch die Geschäftsstelle unseres Landesverbandes in Rostock sind gute Anlaufstellen für eine Beratung. Diese ist selbstverständlich kostenlos, persönlich oder telefonisch möglich und auf Wunsch anonym. Schauen Sie gern in den Demenzkompass unter <https://alzheimer-mv.de/demenzkompass/> der Deutschen Alzheimer Gesellschaft M-V und finden Sie Beratungs- und Kontaktstellen in Ihrer Nähe.

Was erwartet mich beim Arztbesuch?

Beim ersten Termin erfolgt ein ausführliches Gespräch mit Ihnen und Ihrer Begleitung (Angehörige/Freunde). Sie werden zu Ihren ganz persönlichen Gedächtnisproblemen befragt. Ihr Erinnerungsvermögen, Ihre Wahrnehmung und auch Ihre Sprache wird mittels verschiedener Tests geprüft. Ob möglicherweise eine andere Erkrankung als eine Demenz ursächlich

ist, kann mittels Blut- und Urinuntersuchungen geschehen. Auch Depressionen, Nebenwirkungen von Medikamenten, Hormonstörungen und Flüssigkeitsmangel können ursächlich für Ihre Vergesslichkeit sein. Bei den drauf folgenden Terminen werden dann mittels eines EEGs die Gehirnströme untersucht und durch eine Computertomographie (CT) können mögliche Veränderungen im Gehirn aufgezeigt werden. Sollte Ihr Arzt keine behandelbare Ursache ausfindig machen können, ist eine Demenzerkrankung sehr wahrscheinlich.

Mein Angehöriger wird immer vergesslicher – Was kann ich tun?

Es gibt zahlreiche Ursachen für Vergesslichkeit. Depressionen, Flüssigkeitsmangel oder auch hormonelle Störungen können Symptome hervorrufen, die einer Demenz sehr ähnlich sind. Diese Ursachen sind in der Regel und im Gegensatz zu einer tatsächlichen Demenz jedoch gut behandelbar und die Vergesslichkeit nimmt wieder ab.

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Möglicherweise kann aber auch eine beginnende Demenz ursächlich sein. In jedem Fall ist die ärztliche Abklärung sehr wichtig. Diese sollte rasch geschehen, um gegebenenfalls auch schnell Linderung oder Heilung zu erfahren. Und sollte sich herausstellen, dass tatsächlich eine Demenz für die Vergesslichkeit verantwortlich ist, haben Sie und Ihr betroffener Angehöriger die Chance, sich auf die Erkrankung einzustellen und den Alltag sowie die Zukunft optimal zu gestalten und zu planen. Aus unserer Erfahrung können wir Ihnen mitgeben, dass lange Ungewissheit quälender ist als letzte Gewissheit.

Die Diagnose Demenz wurde gestellt – und nun?

Nach einer Phase der Ungewissheit Klarheit über die Diagnose Demenz zu haben ist ein Schock und gleichzeitig eine Chance. Versuchen Sie in Ruhe darüber nachzudenken, wie das Leben nun weitergehen soll. Diesen Weg müssen Sie nicht allein gehen! Fachleute eines Pflegestützpunktes und auch wir als Landesverband stehen Ihnen bei wichtigen Fragen zur Seite. In unserem Demenzkompass erhalten Sie Kontaktinformationen zu Anlaufstellen in Ihrer Nähe. Für einen ersten Überblick zum Thema Demenz können auch Informationsbroschüren und Bücher hilfreich sein.

<https://shop.deutsche-alzheimer.de/broschueren>

https://www.deutsche-alzheimer.de/fileadmin/Alz/pdf/Flyer_und_Dokumente/checkliste_nach_der_diagnose.pdf

Information und Aufklärung

Empfehlungen zum Umgang mit Diagnose und Aufklärung bei Demenz
https://www.deutsche-alzheimer.de/fileadmin/Alz/pdf/empfehlungen/empfehlungen_diagnose_aufklaerung.pdf

Demenz – Podcast

Einmal im Monat erscheint der Demenz-Podcast mit Informationen für An- und Zugehörige.

In jeder Folge widmet sich die Autorin und Moderatorin Christine Schön mit Expertinnen und Experten in etwa 30 Minuten einem Schwerpunktthema wie z. B. Kommunikation, Selbstfürsorge, Rechtliches, Sinn & Sinnlichkeit und vielem mehr. Gemeinsam

mit dem medhochzwei Verlag ist die Deutsche Alzheimer Gesellschaft Herausgeber des Podcast.

Der Demenz-Podcast kann auf Spotify, Apple Podcasts, Pod scout, gPodder und natürlich auf der Webseite <https://demenz-podcast.de/> gehört werden.



Gedächtnisstörungen



Gesprächen nicht mehr folgen können



Fehlende Orientierung zur Zeit und an fremden Orten



Rückzug von der Arbeit oder sozialen Aktivitäten

11 Warnsignale für Demenz



Fehlende Worte im Gespräch



Probleme, den Überblick zu behalten



Schwierigkeiten mit alltäglichen Aufgaben



Schlechtes oder vermindertes Urteilsvermögen



Veränderungen der Stimmung oder/und des Verhaltens



Verlegen von Dingen



Probleme mit der räumlichen Wahrnehmung

© Deutsche Alzheimer Gesellschaft



LEKTÜRE

Demenz. Das Wichtigste Ein kompakter Ratgeber.

10. Auflage 2023, 64 Seiten, kostenlos

Dieser Ratgeber vermittelt in kompakter Form die wichtigsten Informationen über Demenz. Er erklärt, was das Leben der Betroffenen und ihrer Familien erleichtern kann. Auf verständliche Weise wird dargestellt, was bei Demenzerkrankungen im Gehirn geschieht, welche Formen und Ursachen Demenzen haben, und wie die Diagnose gestellt wird. Ausführlich werden die typischen Symptome und der Verlauf der Erkrankungen sowie medikamentöse und nicht-medikamentöse Behandlungsmöglichkeiten beschrieben. Die Broschüre zeigt, was getan werden kann, um das Leben mit einer Demenz so gut wie möglich zu gestalten und was Angehörige für das Wohlbefinden der Erkrankten tun können. Dabei können sie die hier vorgestellten Entlastungsmöglichkeiten nutzen, um sich selbst nicht zu überfordern. Auch rechtliche Fragen sowie finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten werden angesprochen. Die Broschüre wendet sich an Angehörige, die Menschen mit Demenz zu Hause betreuen und pflegen, sowie Freunde und Bekannte und alle Interessierten.

https://shop.deutsche-alzheimer.de/sites/default/files/broschueren/pdf/demenz-das_wichtigste_.pdf



„Altersgerecht Umbauen“ nicht Sparzwang opfern

BAGSO fordert Fortführung des KfW-Zuschussprogramms

bagso

Der Bedarf an barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum ist in Deutschland sehr viel größer als das Angebot. Einen wichtigen Beitrag zum Ausbau von barrierefreiem Wohnraum leistet seit Jahren das KfW-Zuschussprogramm „Altersge-

recht Umbauen“, das in diesem Jahr 150 Millionen Euro umfasst. Im Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2025 sind hierfür keine Mittel vorgesehen. Die BAGSO, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, fordert das erfolgreiche KfW-Zuschussprogramm „Altersgerecht Umbauen“ auch 2025 unvermindert fortzuführen, mit min-

destens 150 Millionen Euro pro Jahr. Nur 1,5 Prozent der Wohnungen in Deutschland sind derzeit barrierefrei. Laut einer Studie, die im Auftrag der KfW erstellt wurde, werden bis 2035 rund zwei Millionen altersgerechte Wohnungen fehlen. In den vergangenen Jahren war das Budget des Förderprogramms stets bereits nach wenigen Monaten aufgebraucht. ■

Analoge und digitale Zugänge erhalten

BAGSO kritisiert „Digital-only“-Vorstoß von Bundesverkehrsminister Wissing

Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein und deshalb immer auch analog angeboten werden. Das fordert die BAGSO, sie wendet sich damit gegen die Forderung von Bundesverkehrsminister Volker Wissing, öffentliche Dienstleistungen in Zukunft nur noch online anzubieten. Auf dem Digital-Gipfel der Bundesregierung in Frankfurt sagte er, es sei an der Zeit, von Parallellösungen auf „Digital-only“ umzusteigen. Die Vorsitzende der BAGSO Dr. Regina Görner

erklärt dazu: „Niemand darf vom öffentlichen Leben oder gar von staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden, nur weil er keinen Zugang zum Internet hat.“ Rund sieben Millionen Menschen über 60 Jahre nutzen in Deutschland das Internet nicht. Dazu kommen diejenigen, die zwar online sind, sich komplexere digitale Anforderungen aber nicht zutrauen. „Und nicht nur ältere Menschen sind betroffen, auch manche jüngeren Menschen nutzen aus unterschiedlichen Gründen das Internet nicht“, so

Dr. Regina Görner. Bereits heute werden Offliner von Angeboten ausgeschlossen. So kann eine Bahncard nur erwerben, wer eine E-Mail-Adresse und ein digitales Kundenkonto hat. Ältere Menschen nutzen digitale Möglichkeiten oft nicht, weil sie nicht über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Die BAGSO fordert deshalb wohnortnahe Lernorte in jeder Kommune, die digitale Kompetenzen vermitteln. Digitale Anwendungen müssen nutzerfreundlicher gestaltet werden. ■

Auf dem Weg zu altersfreundlichen Kommunen

BAGSO-Jahrestagung in Mannheim

In Europa und weltweit machen sich Kommunen auf den Weg, um ein nachhaltiger und zukunftsorientierter Lebensort für Menschen aller Generationen zu werden. Wie ältere Menschen an der Entwicklung von altersfreundlichen Kommunen beteiligt werden können, war Thema der Jahrestagung der BAGSO am 6. November 2024. Am Vortag fand die BAGSO-Mitgliederversammlung mit rund 70 Vertreterinnen und Vertretern aus den BAGSO-Verbänden statt. Bei der Wahl des Vorstands wurde Dr. Regina Görner als Vorsitzende der BAGSO bestätigt. Die Jahrestagung fand in Mannheim statt,

der gastgebenden Stadt des 14. Deutschen Seniorentages 2025.

In ihrem Amt bestätigt wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden der BAGSO, Karl Michael Griffig (Kolpingwerk Deutschland), und Jens-Peter Kruse (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit). Als Beisitzer wiedergewählt wurden Margit Hankewitz (Sozialwerk Berlin), Hermann Allroggen (Arbeiterwohlfahrt) und Katrin Markus (Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetreffene Menschen). Neu in den Vorstand gewählt wurde Norbert Theobald, den die SPD AG 60plus vorgeschlagen hat. Bei der Fachtagung „Partizipa-

tive Stadtentwicklung: altersfreundlich, gemeinschaftsfördernd und zukunftsorientiert“ stellten sich Kommunen vor, die ältere Menschen aktiv in die Gestaltung ihres Umfelds eingebunden haben. Einige von ihnen, wie zum Beispiel Stuttgart, sind Teil des globalen Netzwerks „Altersfreundliche Stadt“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO). An dem grenzübergreifenden Austausch beteiligten sich Gäste aus zwölf europäischen Ländern. Neben Beispielen von Kommunen berichteten auch nationale Netzwerke altersfreundlicher Städte von ihren Erfahrungen, etwa aus Großbritannien, Slowenien und Spanien. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

SGK-Fachtagung für Seniorenbeiräte im Kulturkaten „Kiek in“ in Prerow

Veranstalter der Fachtagung war die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Mecklenburg-Vorpommern mit dem Kreisseniorenbeirat Vorpommern-Rügen. Bereits zum 12. Mal fand eine derartige Veranstaltung im Kreis statt, was für die Akzeptanz dieser Veranstaltung spricht. Bemerkenswert war auch die Anwesenheit des Landrates Dr. Stefan Kerth und des Kreistagspräsidenten Andreas Kuhn. Beide sprachen sich in ihren Grußworten für eine aktive Seniorenpolitik aus.

Nach den einführenden Worten vom Vorsitzenden des Kreisseniorenbeirats Jürgen Csallner und von der SGK-Geschäftsführerin Aenne Möller sprach Jenny Loose-Baumeister von der Verwaltung des LK Vorpommern-Rügen über die Eingliederungshilfe. Ausführlich und interessant informierte sie über die Möglichkeiten. Die Vorsorgeverfügung war das Thema von Andrea Wegener gemeinsam mit Petra Weimann, beide ebenfalls von der Landkreisverwaltung. Die umfangreichen Fragen und Diskussionen zeigten das große Interesse an dieser Thematik.



Foto: SGK M-V

Die Tagungsteilnehmer folgten den Fachvorträgen mit großem Interesse.

Den Teilnehmern wurden zusätzliche Materialien zur Verfügung gestellt.

Nach der Mittagspause befasste sich Aenne Möller mit dem Thema „Brauchen ältere Bürger eine Lobby?“ Die Pflegeversicherung aus verschiedenen Gesichtspunkten war das Thema von Jan Wiesener vom MD Schwerin. Umfassend erläuterte er verschiedene Beispiele und Sachverhalte.

Auch hier gab es viele Fragen, die der Referent gern beantwortete. Abschließend sprach Aenne Möller zum Thema „Alt werden und alt sein in M-V“ und ging insbesondere auf die Verantwortung der Kommunen für die Seniorenpolitik ein und schloss die gelungene Fachtagung mit dem Dank an alle Mitwirkenden ab.

Dr. Georg Weckbach

Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund bestätigt

Am 10. Oktober trafen sich um 14 Uhr alle Mitglieder des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund im Restaurant am Stadtwald zur konstituierenden Sitzung, nachdem die Mitglieder durch die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund für die neue Wahlperiode berufen wurden.

Die 2. Stellvertreterin des Präsidenten der Bürgerschaft Maria Quintana Schmidt dankte dem Seniorenbeirat im Namen der Bürgerschaft für die wertvolle Arbeit durch beratende Mitarbeit in den Gremien der Bürgerschaft.

Dr. Georg Weckbach wurde erneut als Vorsitzender des Seniorenbeirats ge-



Die Mitglieder des SB Stralsund nach der konstituierenden Sitzung.

wählt und als Stellvertreter Jürgen Kaiser. Karin Meusel übernahm das Amt der Schatzmeisterin.

Folgende Mitglieder wurden ebenfalls als Leiter der Arbeitsgruppen in den Vorstand gewählt: Brigitta Tornow von der AG Öffentlichkeitsarbeit, Monika Kleist von der AG Kultur, Sport und Freizeit, Herbert Sett von der AG Sicherheit, Ordnung, Gleichstellung, Kerstin Wunderlich von der AG Altersgerechtes Bauen, Wohnen, Umwelt und Jutta Lüdecke von der AG Soziales, Gesundheitsvorsorge und Geriatrie. Außerdem wurden acht Vertreter des Seniorenbeirats für die Teilnahme an den Beratungen der Ausschüsse der Bürgerschaft nominiert. Im Seniorenbeirat des Landkreises Vorpom-



Der Vorstand des SB Stralsund

Fotos: Seniorenbeirat Stralsund

mern-Rügen wird Stralsund durch Jürgen Kaiser, Brigitta Tornow und Dr. Georg Weckbach vertreten. Zum Abschluss sicherte der Vorsitzende die aktive Tätigkeit des Seniorenbeirats zu, durch das gemeinsa-

me Wirken im Interesse unserer Seniorinnen und Senioren in der Hansestadt Stralsund und durch eine anregende konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Brigitta Tornow

15. Fest der Generationen und 54. Zoofest

Unter der Schirmherrschaft von Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern, fand am 7. Juli das 15. Fest der Generationen und das 54. Zoofest im Stralsunder Zoo statt. Die Grußworte von Stefanie Drese wurden in einer Videobotschaft übermittelt und sind auf der Homepage des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund zu sehen und zu hören. Unter der organisatorischen Leitung des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund und des Zoos Stralsund wurde auch 2024 dieser Tag bei herrlichem Wetter ein Höhepunkt, der generationsübergreifend Besucher zusammenbrachte. Ein besonderer Dank gilt Zoodirektor Dr. Christoph Langner mit Team und Monika Kleist als Mitglied im Seniorenbeirat Stralsund und Verantwortliche für die Organisation des Zoofestes. In vielfältiger Weise konnten die Besucher einen informativen, kulturellen und kulinarischen Tag erleben. Das Bühnenprogramm mit der Tanzgruppe Usedom, dem Akkordeonorchester der Musikschule Fröhlich, der Kindertanzgruppe des TSC



Der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund beim Zoofest.

Foto: Brigitta Tornow

Blau-Weiß Stralsund, der Shanty Chor „De Prohner Hafengang“! und nicht zu vergessen, die wunderschöne Tier-show bereicherten den Tag. Den Mittwochspinnerinnen über die Schulter zu schauen oder beim Flohmarkt ein Andenken zu erwerben, das sind Erinnerungen, die gern bleiben. Auch dieses Jahr konnten sich Besucher am „Garten für alle“ erfreuen, ein Projekt vom Förderverein des Seniorenbeira-

tes Stralsund, der immer wieder Besucher beeindruckt. Danke an alle, die sich mit einem Informationsstand präsentiert haben. Wir freuten uns über Besucher, die aktiv Interesse an der Seniorenarbeit der Hansestadt Stralsund zeigten und unseren Stand besucht haben und um Aufnahme gebeten haben. Der rundum gelungene und schöne Tag macht Vorfreude auf 2026.

Brigitta Tornow

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

SeniorenUNI in Wismar



Landkreis
Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

Fast 50 interessierte Seniorinnen und Senioren folgten der Einladung und kamen am 30. September 2024 an die Hochschule in Wismar zur SeniorenUNI. Gemeinsam mit der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung M-V e.V. und dem Fachdienst Öffentlicher Gesundheitsdienst des Landkreises Nordwestmecklenburg wurde die „Vorlesung“ organisiert. Den Anstoß machten gemeinsame Gespräche der Vorsitzenden des Kreis-seniorenbeirates mit dem Rektor der Hochschule, denn es gab bereits einige Vorlesungen für Seniorinnen und Senioren in der Vergangenheit. Dieses Format wurde immer gut angenommen und sollte nun „wiederbelebt“ werden. Dass dies gelungen ist, machten der rege Zuspruch und die erfreulichen Feedbackmeldungen deutlich. Auch Themen für zukünftige Veranstaltungen wurden bereits gesammelt. Die Referentin Frau Röder von der Verbraucherzentrale M-V e.V. hielt die Vorlesung zum Thema „Super Foods- Alles super?“ Der Vortrag zeigte einerseits



Die Vorlesungen der SeniorenUNI in Wismar sind sehr gefragt. Foto: Ilona Scheufler

den gesundheitlichen Aspekt von Ernährung im Alter und sensibilisierte gleichzeitig dafür, welche sozialen und gesundheitlichen Folgen drohen, wenn finanzielle Engpässe und Altersarmut den Lebensalltag bestimmen. Der interaktive Vortrag regte die Teilnehmenden an, über verschiedene Ernährungstrends und deren Alternativen zu diskutieren. Zudem konnten einige gesunde Snacks und Dips probiert werden.

Das Format der SeniorenUNI wird fortgesetzt. Allerdings kann aktuell keine regelmäßige Terminreihe angeboten werden, Vorlesungen werden spontan organisiert.

Ilona Scheufler
FD Öffentlicher Gesundheitsdienst
Stabsstelle Verwaltung und
Netzwerkmanagement
Gesundheitsförderung/ Prävention
Senioren- und Behindertenbeauftragte



LANDKREIS
LUDWIGSLUST-PARCHIM
RAUM FÜR ZUKUNFT

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Gehweg nun für Senioren besser begehbar

Der neue Gehweg entlang des Spielplatzes zwischen der Kaplunger Straße und dem Radweg, der das Parkviertel umschließt, wurde nun freigegeben. Vorher gab es in diesem Bereich nur einen unbefestigten Trampelpfad, der Längsneigungen von mehr als 12 Prozent aufwies, so dass dieser Weg von den Bewohnern des Pflegeheimes „Ludwig Daneel“ gar nicht oder nur schlecht begangen werden konnte. Der Seniorenbeirat hat sich diesem Problem angenommen und im

Mai 2024 einen Vor-Ort-Termin mit der Verwaltung und den Senioren des Pflegeheimes organisiert. Das Vorhaben wurde dann geplant und mit Hilfe einer Baufirma Ende Juli erfolgreich umgesetzt. Der Gehweg hat jetzt eine Breite von 1,30 Meter und ist 60 Meter lang. Der Weg ist toll geworden und wir schauen nun in fröhliche Gesichter der Bewohner des Pflegeheimes.

Doreen Hammermeister
Stadt Ludwigslust



Die Senioren passieren nun ohne Probleme den Gehweg. Foto: Ingeborg Schütt

In der Lindenstadt Ludwigslust hieß es „Sport frei“



Es gab vielseitige Sportangebote.

Fotos: SB LWL

Traditionell organisierte auch in diesem Jahr unser Seniorenbeirat wieder eine sehr abwechslungsreiche und sportliche Woche vom 26. bis 30. August.

Alle Sportaktivitäten fanden auf dem Gelände der SG 03 statt. Bürgermeister Stefan Pinnow eröffnete gemeinsam mit Therese Holm am ersten Trainingstag die Aktivitäten, Andrea Möller animierte die Sportler mit Gymnastik.

Am Dienstag wurde mit Heike Kleinhammer Rehasport betrieben. Am Mittwoch gab es eine Sparteinheit zum Thema Bewegung und Spiel mit Anette Ziersch.

Donnerstag konnten die Teilnehmenden zwischen Nordic Walking bei Karen Kinsel und einer geführten Radtour mit Ulrike Ehrecke wählen. Beendet wurde die Seniorensportwoche mit einer Yoga-Stunde, angeleitet von Svenja Kreutz.

Insgesamt ergriffen 249 Aktive die Gelegenheit, die verschiedenen Sportangebote auszuprobieren. Viele nutzten während der Woche gleich mehrere Angebote. Ganz besonders hat

uns gefreut, dass in diesem Jahr auch Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Daneel-Haus und dem Betreuten Wohnen im Eichkoppelweg mitgemacht haben. Ein großes Dankeschön und Lob gehen an die ehrenamtlichen

Trainerinnen für ihr Engagement und natürlich der SG 03 Ludwigslust/Grabow e.V. für die Möglichkeit, das Vereinsgelände zu nutzen.

Fortsetzung auf Seite 22



Bewegung mit bunten Luftballons

Fortsetzung von Seite 21

Auch ist es nicht selbstverständlich, dass ausreichend Getränke, das tägliche Obstfrühstück und kleine Präsenze an die Teilnehmenden ausgerichtet werden konnten.

Hier bedankt sich der Seniorenbeirat herzlich für die Unterstützung bei den Stadtwerken, dem Bürgerforum Ludwigslust, dem Landkreis Ludwigslust Parchim und Vodafone. Die Mitglieder des Seniorenbeirates haben im Hintergrund für einen

reibungslosen Ablauf gesorgt und freuen sich, dass die Teilnehmerzahlen jährlich wachsen. Auch ihnen hat die Seniorensportwoche wieder viel Spaß gemacht.

Doreen Hammermeister
Stadt Ludwigslust

Projekt „Barrierearme Querungen in der Innenstadt“ in Ludwigslust abgeschlossen



Die barrierefreie Querung wird freigegeben.

Foto: Doreen Hammermeister

Am 2. Oktober 2024 war die letzte Bauabnahme in Zusammenhang mit dem Projekt „Barrierearme Querungen in der Innenstadt“.

2015 traf sich die Verwaltung mit den Mitgliedern des Seniorenbeirates und des Behindertenverbandes, die Polizei und die untere Verkehrsbehörde erstmals gemeinsam zu einem Spaziergang durch die Innenstadt und analysierten mögliche Gefahren- und Stolperstellen für gehbeeinträchtigte Menschen. Denn so schön das historische Pflaster auch ist, für Rollatoren, Kinderwagen und Rollstühle wird es oft zu einer schwer überwindbaren Hürde.

Aus diesem Grund wurden in den letzten Jahren in der Schloßstraße, am Alexandrinenplatz, in der Schwe-

riner Straße und nun zuletzt auch in der Gartenstraße und Kanalstraße sowie in der Zuwegung zum Ärztehaus, der sogenannten Tische, barrierearmes Pflaster eingebaut, um das Passieren zu erleichtern. Auch Therese Holm, Vorsitzende des Seniorenbeirates und Dieter Manzke, ebenfalls Mitglied im Seniorenbeirat und selbst bewegungseingeschränkt, folgten gern der Einladung zur Bauabnahme. „Wir sind schon stolz auf das Ergebnis. Wir haben ja im Lauf der Jahre auch immer wieder gemeinsam im Gespräch mit Herrn Gröger nachgebessert, so dass sich das Ergebnis nun wirklich sehen lassen kann“, sagt Therese Holm. „Nun werden wir schauen, ob wir außerhalb der Innenstadt noch Querungen brauchen oder ob wir uns eher

auf Bordsteinabsenkungen konzentrieren. Dies kann ja z.B. im Zuge von Instandhaltungsarbeiten durch den Bauhof abgearbeitet werden.“

Die Gesamtkosten für dieses Projekt betrug knapp 390.000 Euro. Davon werden ca. 312.000 Euro über ein LEADER-Programm gefördert. „Ohne diese Förderung wäre uns diese Baumaßnahme nicht möglich gewesen und auch in der Zukunft wird es immer schwieriger werden, solche Projekte umzusetzen“, sagt Bürgermeister Stefan Pinnow. Ein herzliches Dankeschön gilt somit den Fördermittelgebern, aber auch den regionalen Firmen, die die Baumaßnahmen umgesetzt haben.

Doreen Hammermeister
Stadt Ludwigslust

LANDKREIS ROSTOCK



**Landkreis
Rostock**
So weit. So gut.

Stadtseniorenbeirat Krakow am See wird wieder aktiv

Wir sind wieder da! Auf Initiative des neu gewählten Bürgermeisters in Krakow am See, Dirk Rojahn, wurden die Krakower Senioren für die Bildung eines neuen Stadtseniorenbeirates gewonnen.

Vor einigen Jahren gab es einen vorbildlich arbeitenden Seniorenbeirat, der nach dem Tod des Vorsitzenden leider nicht weiter arbeitsfähig war. Jetzt geht's neu los.

Am 7. November konnten durch die gute Vorbereitung des Bürgermeis-

ters, nach kurzer Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates, einige Bürger für die Mitarbeit im Seniorenbeirat begeistert werden.

Nach einer Beratung mit allen interessierten Bewerbern wurde eine Woche später der Termin für die Wahl eines Vorstandes festgelegt. Von den 22 Anwesenden wurden mit mehrheitlichen Stimmen die Vorsitzende, die erste Stellvertreterin, ein Schriftführer und ein Kassenwart gewählt.

Als Vorsitzende wurde Dagmar Kluge gewählt. Sie bedankte sich im Namen des neuen Vorstandes für das gegebene Vertrauen.

Danach legte sie erste Vorstellungen für den Beginn ihrer Tätigkeit dar. Die 22 Anwesenden Beiratsmitglieder waren mit der ersten Beratung zufrieden und sind gewillt aktiv mitzuarbeiten.

Jürgen Lorenz

*Vorsitzender des Kreissenorenbeirates
Landkreis Rostock*

Letzte Mitgliederversammlung des KSB des Landkreises Rostock

Der Kreissenorenbeirat des Landkreises Rostock führte am 7. November die letzte Mitgliederversammlung in der Legislaturperiode der letzten Wahlperiode in Dummerstorf durch. Eingeladen und auch anwesend war der neu gewählte Bürgermeister Jürgen Sprank.

Er stellte sich vor und erklärte, wie wichtig und notwendig er die Arbeit mit den Senioren sieht. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der Bericht durch den Vorstand über die geleistete Arbeit der vergangenen vier Jahre.

Dabei wurden die Inhalte der Mitgliederversammlungen wie die Altersarmut, Referent Prof. Dr. Kai Braun, Gerontologie/Geriatrie, Referent Dr. Zende, aber auch Inhalte der Mitgliederversammlungen die in den Gemeinden Lalendorf, Kritzmow und Kröpelin immer mit dem anwesenden Bürgermeister behandelt wurden, hervorgehoben.

Angesprochen wurden auch die Themen der Weiterbildung der Beiratsmitglieder. Es wurden auch Schwerpunkte angesprochen, die der neue Beirat, der im Dezember durch den Kreistag bestätigt werden soll, in der Arbeit beachten sollte. Alle sechzehn



Jürgen Lorenz bedankt sich bei Karin Brümmer für ihr langjähriges Engagement

Foto: KSB Landkreis Rostock

Beiratsmitglieder schätzten ein, dass wir gemeinsam eine konstruktive Arbeit geleistet haben.

Zwölf Mitglieder möchten weiterhin im Kreissenorenbeirat mitarbeiten. Verabschiedet wurden nach einer guten Mitarbeit im Alter von 91 Jahren Karin Brümmer, im Alter von 83 Jahren Heide-Marie Lübbert, im Alter

von 87 Jahren Arnold Scholz, wegen Übernahme einer anderen Funktion im Kreistag Joachim Scholz.

Allen wurde der Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen und ein Blumenstrauß überreicht.

Jürgen Lorenz

*Vorsitzender Kreissenorenbeirat
Landkreis Rostock*

Seniorenachmittag rund um die Pflege

Der Seniorenbeirat der Stadt Rerik und der Kreissenorenbeirat des Landkreises Rostock haben am 18. September 2024 zum Thema „Begutachtung der Pflegebedürftigkeit“ alle interessierten Bürger der Stadt Rerik eingeladen. Die Veranstaltung fand mit Unterstützung der Bürgermeisterin und der hiesigen Kurverwaltung in der Begegnungsstätte „Kösterschün“ in Rerik bei Kaffee und Kuchen statt.

Beide Beiräte sprachen die älteren Bürger an, sich mit ihren Sorgen und Problemen an sie zu wenden.

Das Lebensumfeld der Senioren verändert sich laufend. Wir alle wissen zugut aus eigenem Erleben, dass mit zunehmendem Alter der Mensch ein Stück Selbstbewusstsein verliert. Oft sind Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eingeschränkt. Gesundheitliche Probleme erschweren die Bewältigung des Alltags, Einkauf,

Behördengänge, Arztbesuche, Antragstellung zur medizinischen Versorgung und vieles mehr. Dennoch gibt es neben alters- und krankheitsbedingten Einschränkungen gesetzliche Möglichkeiten, sich Hilfe zu holen. Unser Ziel dieser Veranstaltung war es, die berechtigten Sorgen und Probleme älterer Menschen entgegenzunehmen und ihnen bei der Lösung behilflich zu sein.

Viele Gesetze in Deutschland für ältere Menschen in akuten Lebenssituationen, wie Krankheit, beinhalten medizinische, pflegerische und soziale Angebote.

Zur Unterstützung älterer Menschen, die eine solche gesetzliche Hilfe einmal in Anspruch nehmen müssen, haben wir diesen Nachmittag organisiert.

Zur Unterstützung der erschwerten Bedingungen im Alter gibt es Geset-

ze, die die Bundesregierung schon vor vielen Jahren erlassen hat, über die die älteren Menschen jedoch ungenügend und teilweise gar nicht informiert sind.

Wir, der Seniorenbeirat Rerik und der Kreissenorenbeirat des Landkreises Rostock, wollen unser Augenmerk darauf richten, den Betroffenen aufzuzeigen, wo und wie sie Hilfe bekommen können, wenn es notwendig wird.

Große Unterstützung hatten wir durch zwei Vertreterinnen des Pflegestützpunktes Bad Doberan.

Ihr Vortrag beinhaltete die Rolle der persönlichen Vorbereitung der Begutachtung und möglichen Hilfe durch den Pflegedienst und Pflegestützpunkt. Anschließend standen sie zu individuellen und persönlichen Gesprächen zur Verfügung.

Ingrid Rambow

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Vorstand im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte neu gewählt

Am 28. Oktober 2024 fanden die Wahlen für den neuen Vorstand des Kreissenorenbeirates Mecklenburgische Seenplatte für die neue Legislaturperiode statt.

Unter Leitung des Amtes Zentrale Steuerung und Büro des Landrates wurde die Neuwahl durchgeführt. Nach der Neubestellung der Mitglieder des Kreissenorenbeirates auf einer der ersten Sitzungen des neuen Kreistages wurde nun der neue Vorstand gewählt.

Gemäß unserer Satzung wurde durch die Mitglieder ein fünfköpfiges Vorstandsgremium gewählt.

Im Verlauf der Wahlveranstaltung dankte der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates MSE allen ausscheidenden Mitgliedern für ihre geleistete Arbeit und bedankte sich besonders bei den aus dem Vorstand ausscheiden-



Der neu gewählte Vorstand: Eckhard Baresel, Christine Bülow, Peter Lundershausen, Regina Hansen, Wilfried Böhme (v.l.n.r.).

Foto: KSB MSE

den Horst Ungelenk und Peter Piletzki, die nicht wieder für den Vorstand kandidierten.

Zum neuen Vorstand gehören Eckhard Baresel als Vorsitzender, Christine Bülow als Schriftführerin, Peter

Lundershausen als 1. Stellvertreter, Regina Hansen als 2. Stellvertreterin und Wilfried Böhme als Kassenwart. Der Kreissenorenbeirat ist in ein neues Büro gezogen. Er ist unter der Anschrift Landkreis Mecklenburgische

Seenplatte, Büro des Landrates, Kreissenorenbeirat MSE, Platanenstraße 43 in 17033 Neubrandenburg zu erreichen.

*Eckhard Baresel
Vorsitzender KSB –MSE*

Peter Lundershausen für Engagement geehrt

Im Rahmen der Festveranstaltung des Landessenorenbeirates MV zum 30. Jahrestag seiner Gründung hatte die Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport, Frau Stefanie Drese, die Festrede gehalten und im Verlauf verdienstvolle Seniorinnen und Senioren mit einer Ehrenurkunde ausgezeichnet.

Vom Kreissenorenbeirat MSE wurde dem langjährigen und sich unermüdlich für die Belange der Seniorinnen und Senioren einsetzende Mitglied, Peter Lundershausen, diese Ehre zuteil.

Er wurde für seine aufopfernde Tätigkeit als Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Neubrandenburg, als auch als Mitglied des Vorstandes im Kreissenorenbeirates



Sozialministerin Stefanie Drese, Peter Lundershausen und Bernd Rosenheinrich (v.l.n.r.).

Foto: Anett Jepp

MSE und des Landessenorenbeirates geehrt.

Zur Auszeichnung mit der Ehrenurkunde der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport und des Lan-

desenenorenbeirates, gratulieren wir recht herzlich.

*Der Kreissenorenbeirat MSE
Eckhard Baresel,
Vorsitzender KSB –MSE*

Gemeinsames Statement von 22 Organisationen

Die Zeit ist reif: Superreiche gerecht besteuern

Die aktuell veröffentlichten Zahlen des Manager Magazins zu den deutschen Milliardenvermögen zeigen, dass ungeachtet der gegenwärtigen Krisen die Anzahl an Milliardären zunimmt und die größten Vermögen weiter wachsen. Währenddessen bleibt die Armut in Deutschland mit 16,6 Prozent auf einem inakzeptabel hohen Niveau und die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge verfallen zunehmend. Die wachsende Ungleichheit ist eine große Gefahr für die Demokratie. Eine breite Allianz aus 22 Organisationen, darunter Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Umweltorganisationen, Ge-

werkschaften und zivilgesellschaftliche Initiativen, fordert deshalb die Besteuerung großer Vermögen in Form einer Vermögensteuer und einer Vermögensabgabe zugunsten einer nachhaltigen Finanzierung der Daseinsvorsorge, des Klimaschutzes und der Unterstützung einkommensschwacher Länder. Die knappen öffentlichen Haushalte und der fortschreitende Verfall öffentlicher Infrastrukturen machen deutlich: Der Politik fehlen finanzielle Spielräume, um unseren Sozialstaat abzusichern, eine funktionierende und Geschlechtergerechtigkeit fördernde Daseinsvorsorge zu gewährleis-

ten und Deutschland zukunftsfähig zu machen. Weil Superreiche durch ihr Verhalten auch noch extrem viele Treibhausgase verursachen, stehen sie besonders in der Verantwortung, zur Bewältigung der Klimakrise finanziell stärker beizutragen. Um die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, reicht eine Reform der Schuldenbremse nicht aus. Jetzt ist der Moment, die Besteuerung großer Vermögen anzugehen.

Das komplette Statement unter:
https://www.sovd.de/fileadmin/bundesverband/pdf/attachments/statement_superreiche-gerecht-besteuern.pdf

Pflegefinanzierung in der Krise

BIVA widerspricht den privaten Pflegekassen

Der BIVA Pflegeschutzbund e.V. widerspricht entschieden der jüngsten These der privaten Pflegekassen, dass die Kassenzuschüsse zu den Heimkosten in erster Linie dem Vermögensschutz der Reichen dienen. Eine Erhöhung dieser Zuschüsse zur Senkung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen sei aus Sicht der Kassen daher nicht notwendig. Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes, hält diese Schlussfolgerung, die die Kassen aus einer von ihnen in Auftrag gegebenen Studie ziehen, für „grundfalsch“.

70 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen können die Eigenanteile aus den eigenen Ersparnissen finanzieren, so das Ergebnis der Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV). Stegger hebt jedoch hervor, dass diese Daten ebenso zei-

gen, dass ein Drittel der pflegebedürftigen Heimbewohner die geforderten Eigenanteile nicht selbst bezahlen können und dass diese Zahl seit Jahren stetig steigt. „Das bedeutet, dass diese Menschen in die Armut abrutschen und von Sozialhilfe abhängig werden.“ Deshalb fordert der BIVA-Pflegeschutzbund weiterhin, dass die Pflegekosten von der Versicherung vollständig übernommen oder wenigstens gedeckelt werden müssen.

Die Eigenanteile sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Damit stieg auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Pflegeheimen. Im Gegensatz zur These der privaten Kassen reichten die Zuschüsse zu den Eigenanteilen, die als Gegenmaßnahme gegen die steigenden Kosten eingeführt wurden, nicht einmal aus, um diesen Anstieg zu verhindern. Die Pflegeversicherung wurde vor rund

30 Jahren eingeführt, um das große, für den Einzelnen unberechenbare finanzielle Risiko der Pflegebedürftigkeit, abzusichern und auf die Solidargemeinschaft zu verlagern. Aus heutiger Sicht ist dieses Ziel nicht erreicht. Stattdessen hat die Gesetzgebung der letzten Jahre das Risiko der Altersarmut für Menschen mit Pflegebedarf erhöht. Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen haben derzeit Rekordhöhen erreicht und liegen bei bis zu 4.000 Euro im Monat.

„Es braucht eine solidarisch finanzierte Vollversicherung oder eine kalkulierbare Deckelung, die verhindert, dass breite Teile der Bevölkerung in pflegebedingte Altersarmut stürzen und das Vertrauen in unseren Sozialstaat erschüttert wird.“ so Stegger. Nebenbei werden durch die steigenden Zuschüsse der Sozialhilfe die Kommunen zusätzlich belastet. ■

Einigung auf bundesweit einheitliche Ausbildung

Kabinett beschließt die Einführung einer neuen Pflegefachassistentenausbildung ab 2027

Pflegefachassistentinnen, Pflegefachassistenten und Pflegefachassistentinnen sollen künftig eine bundesweit einheitliche, angemessen vergütete Ausbildung durchlaufen.

Das ist Ziel des Entwurfs für ein Pflegefachassistentengesetz, der am 4. September vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Pflegefachassistentinnen, Pflegefachassistenten und Pflegefachassistentinnen sollen so besser qualifiziert werden und mehr Verantwortung übernehmen können.

Ihre Ausbildungszeit wird bundeseinheitlich auf 18 Monate festgesetzt, die 27 verschiedenen, landesrechtlich geregelten Pflegehilfe- und Pflegeassistentenausbildungen werden abgelöst.

Das vereinfacht auch die Anerkennung ausländischer Pflegekräfte.

Statt bislang 27 unterschiedlichen Ausbildungen in 16 Bundesländern, wird es künftig eine bundeseinheitliche Ausbildung geben.

So sollen bürokratische Hürden abgebaut und das Tempo erhöht werden sowie mehr Flexibilität geschaffen werden, um dem Bedarf an mehr Pflegekräften gerechter zu werden.

Im Kern sieht die neue Ausbildung folgendes vor:

- Die Ausbildung führt zur Berufsbezeichnung „Pflegefachassistentin“, „Pflegefachassistent“ oder „Pflegefachassistentin“.

- Die Dauer der Ausbildung beträgt in Vollzeit grundsätzlich 18 Monate. Eine Ausbildung in Teilzeit ist möglich. Insbesondere für Personen mit Berufserfahrung sind umfassende Verkürzungsmöglichkeiten vorgesehen, zum Beispiel auf 12 Monate oder weniger.

- Voraussetzung für die Ausbildung ist grundsätzlich ein Hauptschulabschluss. Gleichzeitig ist eine Zulassung ohne Schulabschluss bei einer positiven Prognose der Pflegeschule zum erfolgreichen Abschluss der Ausbildung möglich.

- Die Ausbildung umfasst Pflichteinsätze in den drei großen Versor-

gungsbereichen stationäre Langzeitpflege, ambulante Langzeitpflege und stationäre Akutpflege. Der Aufbau der Ausbildung folgt dem Vorbild des Pflegeberufgesetzes und macht eine verkürzte Qualifizierung zur Pflegefachperson möglich. Umgekehrt kann auch eine abgebrochene Ausbildung nach dem Pflegeberufgesetz für den Erwerb eines Abschlusses in der Pflegefachassistenz weitergehend berücksichtigt werden.

- Die Auszubildenden erhalten einen Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung. Bisher erhalten nur rund die Hälfte der Auszubildenden eine Vergütung.

Mit der neuen, vergüteten Ausbildung soll die Attraktivität des Berufs gesteigert werden, um mehr Interes-

sentinnen und Interessenten für die Ausbildung zu gewinnen. Die Absolventinnen und Absolventen können zukünftig in ganz Deutschland in allen Versorgungsbereichen der Pflege arbeiten.

So entsteht ein vielfältiges, attraktives und durchlässiges Bildungssystem in der Pflege – von der Assistenz Ausbildung über die berufliche Fachkraft Ausbildung bis zur hochschulischen Qualifikation auf Bachelor – und perspektivisch auch auf Master-Niveau.

Durch die Einführung eines neuen, einheitlichen Kompetenzprofils für die Pflegefachassistenz können Aufgaben zwischen Pflegefach- und Pflegefachassistenzpersonen zukünftig besser verteilt werden. Denn Pflegefachassistenzpersonen sollen zukünftig vermehrt Aufgaben durchführen können, die heute noch teilweise von Pflege-

fachpersonen durchgeführt werden. Hierdurch werden Pflegefachpersonen deutlich entlastet. Der Gesetzentwurf trägt damit maßgeblich zur Sicherung der personellen Grundlage guter Pflege bei.

Mit dem Gesetzentwurf wird auch die Finanzierung der Ausbildung auf eine einheitliche Grundlage gestellt. Die Finanzierung erfolgt nach dem Modell des Pflegeberufgesetzes. Damit wird für die ausbildenden Einrichtungen wie auch die Pflegeschulen eine verlässliche und sektorenübergreifende Finanzierungsgrundlage geschaffen und für die Auszubildenden eine hochwertige Ausbildung mit angemessener Ausbildungsvergütung ermöglicht.

Der Rückgriff auf die bewährten Verfahren des Pflegeberufgesetzes gewährleistet die schnelle Umsetzbarkeit. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landessenorenbeirat-mv.de
www.landessenorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:
Joachim Kießling (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen.

Nachdruck mit Quellenangabe ge-
stattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
7. November 2024;
Redaktionsschluss für Nr. 1/2025:
15. Februar 2025

Rundfunkgebühren in Pflegeheimen

BIVA-Pflegeschtzbund fordert bundesweite Gebührenfreiheit

Der BIVA-Pflegeschtzbund fordert eine bundesweite Befreiung von GEMA-Gebühren für Rundfunksendungen in Pflegeheimen, um die kulturelle Teilhabe der Bewohner zu sichern.

Anlass ist die anstehende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), die klären soll, ob die Weiterleitung von Rundfunksendungen in die Zimmer und Gemeinschaftsräume von Pflegeeinrichtungen als gebührenpflichtige „öffentliche Wiedergabe“ einzustufen ist.

„Es ist empörend, dass die privaten Wohnräume von Pflegeheimbewohnern, für die sie oft beträchtliche Summen zahlen, als öffentlich gelten sollen“, kritisiert Frauke von Hagen, Geschäftsführerin des BIVA-Pflegeschtzbundes.

„Für die Bewohner ist das Pflegeheim ihr persönlicher Rückzugsort, ihr Zu-

hause, das entsprechend behandelt werden muss.“

Sollte der EuGH gegen den Verbraucher entscheiden, drohen den Bewohnern entweder steigende Kosten oder aber weniger gemeinschaftliche Aktivitäten.

Kulturelle Veranstaltungen und Musik sind wesentliche Elemente für das Wohlbefinden und die soziale Integration von Pflegeheimbewohnern. Der BIVA-Pflegeschtzbund fordert daher eine generelle Befreiung von GEMA-Gebühren für Musik in Gemeinschaftsräumen von Pflegeeinrichtungen.

Hintergrundinformationen zum laufenden

Gerichtsverfahren:

<https://openjur.de/u/2482096.html>
<https://www.landesrecht.rlp.de/bsrp/document/NJRE001533552>



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem
Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf
den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de